

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Gratisbeilagen:

„Der Rote Stern“, „Der Kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Belegpreis täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage 1 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 1,80 Mk., Jahrespreis 3,60 Mk. Einzelhefte 10 Pf. — Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Zeilen, oberer Raum 12 Pf., unterer u. Werbeanzeige 8 Pf. Kleinanzeigen: Die 6 gespaltene Zeilen, oberer Raum 12 Pf., unterer Raum 10 Pf. Verlagsort: Breslau 104.

Verlagsanstalt: Arbeiter-Zeitung, Breslau, Bräunerstr. 10. Druck: Arbeiter-Zeitung, Breslau, Bräunerstr. 10. Redaktion: Arbeiter-Zeitung, Breslau, Bräunerstr. 10. Geschäftsstelle: Arbeiter-Zeitung, Breslau, Bräunerstr. 10. Abonnement: Arbeiter-Zeitung, Breslau, Bräunerstr. 10. Einzelhefte: Arbeiter-Zeitung, Breslau, Bräunerstr. 10.

Ungarische Bluthustiz an der Arbeit!

Die angebliche „bolschewistische Verschwörung“ — Genosse Rakosi halb-tot gefoltert — Vor einem Todesurteil?

(Sig. Drahtber.) Wien, 28. September.

Außer dem Volkskommissar Rakosi wurden in Budapest noch ein gewisser Weinberger, ein Badjklaus Balogh und eine Frau Samann sowie 20 weitere Personen verhaftet. Die bürgerliche Presse bringt bereits in großer Aufmachung die „Geschändnisse“ dieser Personen. Wie diese zustande kamen, das berichtet die hiesige bürgerliche Zeitung „Arend“.

Die Folterungen, die der Volkskommissar Rakosi und die übrigen jetzt verhafteten Unglücklichen anstehen mußten, übertrifft jede Vorstellung. Rakosi selbst sowie Weinberger wurden in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch halbtot geprügelt. Rakosi und Weinberger wurden an Händen und Füßen gebunden und auf die Folterbank gezogen. Infolge der fürchterlichen Mißhandlungen, die nicht zu beschreiben sind, erlitt Rakosi eine Verletzung der Wirbelsäule. Nicht genug damit, daß er schwere Stöße erlitt, riß man ihm auch die Nägel auf und steckte ihm zwischen die Zähne brennende Holzstücke.

Die übrigen 20 Verhafteten wurden ebenfalls einem „heillosen“ Verhör unterzogen. Die meisten von ihnen, und zwar auch die Frauen haben blaue und schwarze Flecken von den erlittenen Hieben. Von den Frauen wurde besonders eine Frau Samann fürchterlich geschlagen, die angeblich der Leitung der kommunistischen Bewegung angehört.

Die Polizeiberichterstattung der Budapest Blätter haben sonst das Recht, die Räume der Polizeidirektion zu jeder Tageszeit zu betreten. In diesem Falle aber wurde der strenge Befehl ausgegeben, von Dienstag 10 Uhr ab bis auf weiteres niemand in das Gebäude in der Trinitatis-Platz einzulassen. Von Mitternacht, als die Einlieferung der Festgenommenen begann, bis Mittwochabend war das Gebäude der Polizeidirektion von der Außenwelt durch einen dichten Polizeifordon abgesperrt. Selbst die bürgerlichen Blätter verzeichnen diese Tatsache als eine dunkle Erinnerung an die ersten blutigen Monate der Herrschaft. Dienstag nacht und Mittwoch den ganzen Tag erlöschten aus dem Gebäude der Polizeidirektion fürchterliche Wehrufe. Die ganze Umgebung hertzerschauernd das Gammerschrei der Mißhandelten.

Der Zweck der Folterung war, Rakosi und die übrigen Verhafteten zu dem Geständnis zu bringen, daß die Mitglieder der Bagai-Gruppe eigentlich den Kommunisten angehören und von diesen Unterstützung erhalten haben. Trotz der Mißhandlungen legte aber Rakosi ein derartiges Geständnis nicht ab.

Ueber die weiteren Machtpläne der Horthy-Banden schreibt die Budapest Zeitung „Az Est“, daß der verhaftete Volkskommissar Rakosi auf Grund eines beschleunigten Strafverfahrens zum Tode durch den Strang verurteilt werden wird. Die Budapest Zeitungen dürfen nur amtliche Mitteilungen über den Fall veröffentlichen. In den Zügen ist eine verschärfte Kontrolle durchgeführt worden.

„Nach bulgarischem Rezept“

(Sig. Drahtber.) Prag, 28. September.

Unter der Überschrift „Umsturzangst in Budapest“ nimmt das tschechische Regierungsorgan, die „Prager Presse“ zu den Verhaftungen in Budapest Stellung. In dem Artikel heißt es:

„All der Lärm, der jetzt wegen der Verhaftung von einigen Fanatikern gemacht wird, ist eben nur Mache, die etwas vortäuschen will, was man im Auslande glauben soll. Budapest verfährt darin nach bulgarischem Rezept, oder, wenn es so besser paßt, es bleibt sich selbst fremd.“

Wer in den letzten Jahren Gelegenheit hatte, öffentliche Gerichtsitzungen der ungarischen Gerichte mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, hat über die Geschicklichkeit der Budapest Polizei bei der Beschaffung von Geständnissen und Beweismaterial oft zum Staunen Gelegenheit gehabt.

Wenn also jetzt mit großem Tamtam die europäische Gefährdung geläutert wird, so ist dies kaum die fahle Umsturzangst, eher abgefärbetes Spiel.“

So schreibt ein tschechisches bürgerliches Blatt, das über die Verhältnisse des benachbarten Ungarn stets gut unterrichtet ist!

Was bedeutet Westorientierung?

(Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter)

Berlin, 27. September.

Die deutsche Regierung ist jetzt dabei, durch die Lausanner Konferenz den entscheidenden Schritt zur sogenannten „Westorientierung“ zu tun. Worum handelt es sich dabei? Westorientierung ist nicht nur ein diplomatisches Mandat. Es ist viel mehr.

Westorientierung ist die Einheitsfront der Deutschen mit dem Weltkapitalismus!

Zur Westorientierung gehört nicht nur der Sicherheitspakt, sondern auch die heranreifende Verständigung der deutschen und der französischen Eisenindustrie. Hierher gehört die Verständigung zwischen den deutschen und französischen Kapitalisten. Hierher gehören die Pläne einer deutsch-englisch-französischen Kohlenverständigung. Zur Westorientierung gehört vor allem auch die Verbindung der deutschen Großbanken mit den englischen und amerikanischen. Hierher gehört der Aufsichtsrat der Reichsbahngesellschaft. Zwei Musterbilder internationaler kapitalistischer Zusammenarbeit. Über nicht nur die Reichsbank ist mit der New Yorker Börse untrennbar verknüpft, dasselbe gilt mit allen maßgebenden Bankhäusern in Berlin und Hamburg, in Köln und Frankfurt a. M. Das Bankhaus Warburg existiert zugleich in Hamburg und Amerika. Die Ueberwindung der deutschen Wirtschaft hat im Laufe der letzten beiden Jahre immer größere Fortschritte gemacht. Die wichtigsten deutschen Aktiengesellschaften haben bereits englische, amerikanische oder holländische Kapitalisten als Teilhaber. Zuguterletzt haben auch die Großagrarier Deutschlands sich durch die Amerika-Löhne der Rentenversicherung in den allgemeinen kapitalistischen Zusammenhang eingefügt.

Zur Westorientierung gehört die Tatsache, daß Deutschland gegenwärtig zur Ausgleichung seiner Zahlungsbilanz drei bis vier Goldmilliarden jährlich vom Ausland braucht, das es auf der anderen Seite im kommenden Jahr über eine Goldmilliarde an das kapitalistische Ausland in Gestalt von Reparationen wird zahlen müssen. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, wie weit diese Zahlung in ausländischen Devisen zu erfolgen haben wird. Die wiederholten Konferenzen, die der Reichsbankpräsident Schacht in letzter Zeit mit den Leitern der Bank von England und der amerikanischen Bundesreserverbank hatte, galten der Durchführung dieser kommenden Zahlungen. Diese Bankabmachungen gehören zu den wichtigsten Voraussetzungen der deutschen Westorientierung. Es ist bekannt, daß die Entscheidungen der deutschen Regierung in der Sicherheitsfrage im letzten Sommer wesentlich durch die Ratschläge der Bankleiter von London und New York bestimmt wurden.

Die Westorientierung der deutschen Bourgeoisie ist also die folgerichtige Weiterentwicklung des Dawes-Systems. Der Dawesplan bedeutet unter anderem, daß das amerikanische Großkapital den Reparationsstreit zwischen Frankreich, England und Deutschland beendet und alle drei unter seine Aufsicht nahm. Das amerikanische Kapital hat das Schicksal der französischen Währung bestimmt. Amerika hat den Engländern die Goldwahrung zurückgegeben. Von Americas Willen hängt die Zukunft der deutschen Reichsmark ab. Auf dieser geldpolitischen Grundlage bauen sich die industriellen die handelspolitischen und dann auch die allgemeinpolitischen Verbindungen der Westmächte und Deutschlands auf.

Die Sozialdemokraten versuchen den Massen einzureden, daß die Westorientierung Deutschlands der Sache des Friedens diene. Aber es ist ein ganz bestimmter „Friede“, den man da meint, nämlich der Friede der Kapitalisten untereinander zum Krieg gegen das Proletariat und seine Kampforganisation: Rußland. Die SPD-Führer täuschen bewußt die Massen, wenn sie die Westorientierung als allgemeines Volksinteresse, ja sogar als Arbeiterinteresse darstellen. Interessiert an der deutschen Westorientierung sind die Bankdirektoren, die Großindustriellen, die Großagrarier. Die Leidtragenden bei dieser kapitalistischen Verknüpfung sind die gesamten werktätigen Massen: Arbeiter und Bauern, Kleinbürger und Intellektuelle.

Gestützt auf die Dedung durch die westlichen Kapitalisten hat die deutsche Großbourgeoisie den Arbeitern den „Mittelstand“ entnommen. Dank derselben Hilfe hat sie den „Mittelstand“ enteignet und ihn dann mit der sogenannten Aufwertung verhöhnt. Mit der Westorientierung wird künftig der Landbund die Massen der Kleinbauern niederhalten, denn die Großagrarier haben ja die Verteilung der amerikanischen Kredite an die deutsche Landwirtschaft in ihrer Hand.

Wenn die deutschen werktätigen Massen aus der gegenwärtigen Notlage herauskommen wollen, müssen sie die Fäden zerhacken, die zwischen der deutschen Bourgeoisie und dem westeuropäischen Kapital bestehen. Die Ueberwindung des Kapitalismus in Deutschland, die Befreiung des werktätigen Volkes ist — wie wir schon oft bewiesen haben — nur mit der Westorientierung möglich.

Die Regierung zu den Folterungen an Max Hoelz

(Sig. Drahtber.) Berlin 28. September.

Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:

In einer kleinen Anfrage deutschböllischer Landtagsabgeordneter wurde mitgeteilt, daß sich der schlesische Bevölkerung wegen der Behandlung von Max Hoelz in der Strafanstalt zu Breslau wachsende Unruhe bemächtigt habe, und es wurden deshalb an das Staatsministerium eine ganze Reihe von Fragen und Unterfragen gerichtet. Der Justizminister erklart in seiner Antwort, daß es Hoelz auf dieser nicht hinreichend geklärt sei, gelungen sei unerlaubt Briefe aus der Anstalt zu beschaffen; er sei dafür bestraft worden. Zur Feststellung, ob ein strafrechtliches Verschulden dritter Personen vorliegt, schwebt ein Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft.

Am 29. August d. J. ist Hoelz aus dem Strafgefängnis zu Breslau in das Zuchthaus zu Groß-Siechlich verbracht worden und es sind alle Maßnahmen getroffen, um eine Befreiung aus der Strafanstalt zu verhindern. Demnach liegt zu Maßnahmen des Staatsministeriums kein Anlaß vor.

Was die übrigen Fragen angeht, so wird in der Antwort dazu gesagt: Es trifft nicht zu, daß Hoelz in ungeänderter Verhaftung mit der Außenwelt steht. Er hat in der Zeit vom 1. Januar bis Ende August fünf Privatbesuche, darunter vier von seiner Frau erhalten; daneben haben Parteigenossen und seine Verteidiger, die für ihn ein Wiedererwerbungsverfahren betreiben, Unterredungen mit ihm gehabt. Bei allen Besuchen war ein Strafanstaltsbeamter anwesend. Es trifft ferner nicht zu, daß Hoelz sich einen eigenen Sekretär hält und in seinem Privatbesitz unbeschränkt ist. Und es trifft schließlich auch nicht zu, daß er ungestrast Ordnungswidrigkeiten und Ungehörlichkeiten begehen darf.

Die Folterung von Max Hoelz wird also vollzogen unter dem Vorwand einer „Bestrafung“ und einer angeblichen „Befreiungsgesfahr“. In Wirklichkeit geht es um obiger amtlicher Verlautbarung hervor, daß Hoelz tatsächlich auf Befehl der Deutschböllischen gemartert wird. Obige amtliche Erklärung besagt, daß diese Folterungen bewußt fortgesetzt werden sollen.

Arbeiterheraus! Schickt Delegationen zum Strafbollauspräsidenten Humann! Befreit in Massen die große Hoelz!

Protestversammlung am 29. September in den Zentralkassallen in Breslau!

Der Rote Tag in Schweidnitz

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Der Rote Tag in Schweidnitz fand unter außerordentlich großer Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung statt. Schon am Sonnabend trafen die ersten auswärtigen Ortsgruppen des RFB ein.

Am Sonntag waren weitere Delegationen mit ihren Fahnen erschienen. Um 11 Uhr formierten sich die Teilnehmer zu einem Demonstrationszug nach dem Sportplatz. Von dort aus zogen sie unter Vorantritt der Kapelle des Breslauer RFB durch die Stadt bis zum Rathaus.

Während Tausende Arbeiter den Platz säumten, hielt Landtagsabgeordneter Schulz eine kernige Ansprache.

Vom Tage

Nunmehr gibt die Regierung bekannt, daß „in absehbarer Zeit“ eine Konferenz des Reichs und Länder stattfinden, die sich mit den Maßnahmen für die — Preissenkung befassen werde.

In dem Prozeß über die Ausplünderung der Landespandbriefanstalt durch das Adelsmonopolium machte der Angeklagte v. Ehdorf ganz bestimmte Angaben über die Bestechungen, mit denen sich die abligen Gauner weitere Kredite sicherten.

Die Deutsche Note über die Teilnahme an der Vorkonferenz ist in Paris, London, und Brüssel überreicht worden.

Tausend französische Bankbeamte und zahlreiche Postbeamte sind wegen ihrer Beteiligung am Streik nicht wieder eingestellt worden.

Die Spitzenorganisationen des Landbundes vor der Pleite!

Öffentliche Gelder für den Landbund

Der Landbundesverband nach der anderen Kraft in den einzelnen Kreisen zusammen. Hunderttausende Kleinbauern sind betroffen. Der Zusammenbruch der Spitzenorganisationen ist den einzelnen Kreisen, denen auch die Spitze ist sehr faul. Die zentrale Landesorganisation, die „Bank für Landwirtschaft“ mit ihren 18 Filialen steht außerlich schlecht, hatte allein im Jahre 1924 durch ihre schlechte Geschäftsführung einen Verlust von 5641 M. bei einer Aktion Bankkapital.

Man wird neuerdings von einer Krise der „Genossenschaftlichen Zentralbank des Reichslandbundes“ berichtet. Ueber diese Bank hat den

Landbundesgenossenschaften aus Steuerüberschüssen des Reiches rund 50 Millionen Mark Staatskredite zugesprochen.

In solchen Darlehensgeschäften braucht also die Kautelerische Reichsregierung den ungeheuren Steuerraub auf die Taschen der Werktätigen. Die den Landbundesgenossenschaften zur Verfügung gestellten 50 Millionen Mark sind bei der allgemeinen Pleite des Landbundes als verloren zu betrachten, oder wird sie werden mit den rigorossten Mitteln aus den Kleinbäuerlichen Mitgliedern des Landbundes herausgepreßt, da ja die Großgrundbesitzer vor dem Zusammenbruch der Genossenschaften ihre Genossenschaftsanteile kündigen.

Aber nicht allein direkte Staatskredite wurden den Landbundesgenossenschaften gegeben (während bekanntlich für Kleinbauern in den Mindergebieten nicht einmal Notstandskredite vorhanden waren), sondern auch die Rentenbank und die Treuhandstelle der Rentenbank soll größere Kredite an die Zentralbank des Reichslandbundes gegeben haben. Dazu also benutzen die Herren Großgrundbesitzer ihren ausschlaggebenden Einfluß in der Rentenbank, und dazu hat der Regierungsschloß die Rentenbank diesen Herren ausgeliefert.

Gegen dieses ganze korrupte System der deutschnationalzentralistischen Herrschaft müssen die Arbeiter und Bauern gemeinsam kämpfen. Kein kleiner oder mittlerer Bauer kann nach all diesen Tatsachen weiterhin dem Landbund angehören. Es gibt hier nur eines:

Bauern, heraus aus dem Landbund!

Insamt durch gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Bauern!

*

Der Krach der Landbundesgenossenschaften

Die Landbundesführer kündigen ihre Anteile Kugeleurer Betrug an der Kleinbauernschaft

Das Bild über den Zusammenbruch der Landbundesgenossenschaft der Niederlausitz rundet sich allmählich ab und zeigt einen unerhörten, einzig dastehenden Betrug an den Kleinbäuerlichen Mitgliedern der Landbundesgenossenschaft. Durch grenzenlose Mißwirtschaft hat diese Genossenschaft eine

Unterbilanz von 840 000 Mark.

Ueber die Geschäftsführung wollen wir nur zwei Beispiele anführen:

Mittels Krediten wurde ein Warenlager im Werte von 250 000 Mark unterhalten. Da die großagratischen Genossenschaftsmitglieder sich lieber der mit ihnen befreundeten Großhändler bedienten, war das Lager für den Absatz viel zu groß, die Waren blieben liegen, so daß die Vorkosten durch die hohen Zinsen für die Kredite aufgefressen wurden. Des weiteren hat man eine Fleischwerterungs-GmbH. gegründet und dabei gleich zwei Drittel des Stammkapitals für Registrierkosten ausgegeben. Das Unternehmen brachte zusammen und

die Bestände an Wurst wurden zu 80 M. das Pfund an die führenden Personen des Unternehmens verkauft.

An der Spitze der Niederlausitzer Wirtschaftsgenossenschaft des Landbundes steht

der ungeliebte Landbundesführer Herr von Nahmer.

Das ist eine besondere Nummer. Als er vor einigen Jahren tonangebend im Getreideumlageauschuh der Lausitz war, brachte er es fertig, daß ihm als Großgrundbesitzer die Umlage so ermäßigt wurde, daß er nicht mehr Getreide abzuliefern hatte, als ein kleiner Bauer. Zu einem geradezu betrügerischen Vorgehen schritt er zusammen mit den übrigen Großgrundbesitzern, jetzt bei dem Bankrott der Niederlausitzer Landbundesgenossenschaft. Rechtzeitig haben die

führenden Großgrundbesitzer ihre Genossenschaftsanteile gekündigt; die Kleinbauern müssen die ganzen Schulden aufbringen!

In dem schamlosen Vorgehen der Landbundesführer sind neben Herrn Nahmer die Landbundesführer Heintz, Lange und Graf v. d. Schulenburg beteiligt. Insgesamt wurden dadurch

80 000 Anteile vorher gekündigt.

Allein der Graf v. d. Schulenburg brachte auf diese Weise seine 10 000 Anteile in Sicherheit. Die bäuerlichen Mitglieder versuchten, durch Gerichtsbeschluß dieses Vorgehen rückgängig zu machen. Das Gericht stellte sich auf die Seite der Großgrundbesitzer, lehnte die Behandlung der Sache überhaupt ab. Die Unterbilanz von 840 000 Mark bleibt zur Last an den 23 000 Anteilen der bäuerlichen Mitglieder haften, jeder dieser Anteile wird nun mit rund 40 Mark belastet.

Herr v. Nahmer hatte angefaßt, dieser Skandalzustand noch die Frechheit, auf der letzten Generalversammlung der Genossenschaft aufzutreten und zu erklären, daß die einzelnen Großgrundbesitzer trotz ihrer rechtzeitigen Kündigung bereit seien, „im Rahmen ihrer eigenen Verhältnisse“ zu bürgen. Zum Schaden noch blutiger Lohn für die Kleinbauernschaft! Nichts werden die Großen bezahlen, da ja bekanntlich der Rahmen ihrer persönlichen Verhältnisse nie ermöglicht, den Geldbeutel aufzumachen. Die an der Generalversammlung teilnehmenden 3000 Bauern brauchten gerade noch diesen Lohn. In großer Erregung schleuderten sie dem Herrn v. Nahmer an den Kopf: „Lump! Schuft! Schieber! Schurke! Betrüger!“

Angefaßt dieses erbärmlichen, betrügerischen Vorgehens der Landbundesführer gegen die Kleinbauernschaft darf sich letztere nicht mit der berechtigten Kennzeichnung der Landbundesführer wie in obiger Weise begnügen. Jetzt heißt es allerorts, rasch handeln, denn zweifellos werden auch die in den anderen Kreisen vor dem Bankrott stehenden Genossenschaften bald ähnliche Bilder aufweisen. Auch dort werden die Landbundesführer ihre Anteile vorher kündigen und die Kleinbauern in der Falle sitzen lassen.

Der kleine und mittlere Bauer darf zunächst aus dem Zusammenbruch der Landbundesgenossenschaften und dem Betrug der Landbundesführer nicht den Schluss ziehen, daß Genossenschaften überhaupt keinen Wert haben.

Für die Bauernschaft haben nur die Genossenschaften keinen Wert, in denen die Großbauern und Junker die Führung haben.

Solche Genossenschaften werden nicht im Interesse der Bauernschaft geführt, sondern im Interesse der Spekulations- und Profitgier der großen Herren untergeordnet und zugleich in den Dienst der politischen Machtberechtigungen der Großagraren gestellt. Die bäuerlichen Genossenschaftsmitglieder müssen deshalb, soweit sie in noch nicht zusammengebrochenen Landbundesgenossenschaften sind, dort sofort ihre Anteile kündigen und in einer Generalversammlung die Gründung neuer Dorfgemeinschaften vornehmen. Hier gilt es von vornherein, klar und deutlich festzulegen, daß diese Genossenschaften nur für die Kleinbauern sind. Die Dorfgemeinschaften können sich dann an die einzelnen Ländern bestehenden zentralen Darlehnskassen und Absatzstellen anschließen. Die kommunistische Partei ist jedersett bereit, den einzelnen Dorfgemeinschaften dabei behilflich zu sein.

Die bäuerlichen Genossenschaften in den verfallenen Landbundesgenossenschaften werden, solange die Kapitalisten die Macht im Staate haben, nicht davor bewahrt werden können, die durch die Schuldenwirtschaft der Landbundesführer ihnen eingebrachte Suppe auszulöffeln. Teilweise kann dieser Schaden wieder ausgeglichen werden, wenn sie sich ebenfalls zu bäuerlichen Dorfgemeinschaften zusammenschließen.

Der Zusammenbruch der Landbundesgenossenschaften gibt nur allzusehr Berechtigung, auch Mißtrauen gegen den Reichsverband landwirtschaftlicher Genossenschaften, gegen die Raiffeisen- und Bauernvereins-Genossenschaften zu hegen. Hier müssen die bäuerlichen Mitglieder eine rasche Revision der Geschäftsführung durchsetzen. Wenn sich dabei ergibt, daß die Geschäftsführung nicht den Interessen der bäuerlichen Genossenschaftsmitglieder entspricht, dann muß umgehend auf einer Generalversammlung eine Aenderung der Geschäftsleitung beschlossen werden. Kein blindes Vertrauen mehr Bauern, seid vorsichtig! Schafft euch in jeder Genossenschaft eine Führung, die im Interesse der Bauern und nicht im Interesse der Großgrundbesitzer arbeitet!

Aus dem deutlichen Justizjamb!

Separatistenführer Matthes als Kronzeuge der Klassenkluft

(Eig. Drahtb.) Essen, 28. September.

Vor dem Schwurgericht in Essen begann ein mehrtätiger Meineidsprozeß gegen eine Anzahl Arbeiter. Die Angeklagten waren in dem bekannten Separatistenprozeß, der einen Sturm auf die Polizeiwache in Kottbusen zur Ursache hatte, als Zeuge aufgetreten. Das Verfahren gegen die damals angeklagten Arbeiter — die Separatistenführer waren nicht unter Anklage gestellt worden — wurden auf Grund der Londoner Amnestie eingestellt. Jetzt hat sich der Separatistenführer Matthes der Staatsanwaltschaft als Kronzeuge dafür angeboten, daß die damaligen Zeugen unter ihrem Eide falsche Angaben gemacht haben. Dieser Bursche, der bisher im Dienste Frankreichs stand, ist bei der schwarz-weiß-roten Justiz so angesehen, daß diese jetzt mit Hilfe Matthes' unschuldige Proletarier wegen Meineids ins Zuchthaus werfen möchte. Man hat zu diesem Zwecke während der Untersuchungshaft die Proletarier mit allen brutalen Mitteln der Inquisition zu falschen Aussagen gequält. Die Angeklagten widersprechen aber diese Angaben. Der erste Verhandlungstag erbrachte bereits den Beweis, daß das Gebäude der Anklage elend zusammenbrechen wird.

Proteste gegen die Zuchthausstortur an Max Hoelz

(Eig. Drahtb.) Halle, 28. September.

Folgende Resolution veröffentlicht der „Klassenkampf“: Die Ortsgruppe Ammendorf der Roten Hilfe steht sich wiederum veranlaßt, gegen die Schandtat der Justiz, die in der unerhörten Strafbehandlung für Max Hoelz zum Ausdruck kommen, aufs allerheftigste Protest zu erheben. Der Hungerstreik von Max Hoelz, in den er hineingetrieben wurde, muß ein Alarmruf für die gesamte Arbeiterklasse sein, für seine in den Zuchthäusern festgehaltenen Führer einzustehen. Das gesamte Proletariat wird aufgefordert, seine Kräfte zu verdoppeln und zu verdreifachen, um endlich auch Max Hoelz, der unschuldig zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden ist, und allen den übrigen politischen Zuchthausgefangenen die Freiheit zu bringen.

TASCHKENT

DIE BROTREICHE STADT

ALEXANDER NEWEROW

NEUER DEUTSCHER VERLAG — BERLIN W 8

Die Nacht verging langsam.

Der Wind tobte, zerte am zerstückten Blech des Daches, lärmte, schlug an die Wände, heulte mit Hundesstimme. Es donnerte. In dem Häuschen wurde es hell, als bräue Brand aus. Ein zudiger Blick, wie eine späte, geöffnete Säure, warf seinen Schein in alle Ecken, dann frach durch die zerstückelten Scheiben wieder die schwarze heulende Nacht.

Es begann zu regnen.

Mischka sah in einer Ecke, verfiel die Hände in den Gendarmen, zitterte, zog den Körper zusammen, und sein ganzes, einfaches, hartes Leben ergriffen ihn jetzt losgerissen von allem, für immer verloren. Was sah er denn jetzt? War er näher an Taschkent oder an Lopatino? Und er wagte nicht, wo er eher sein werde. Vielleicht wird er nirgends ankommen, wird den Weg verlieren, wird krank, blüht für immer in dieser Steppe.

Ein häßlicher Lokomotivpfeiff unterbrach seine rabelosen Gedanken, ließ ihn aufstehen, das Häuschen verlassen und führte ihn in Regen und Wind, unter den Donnerstößen, es und zu gebührender von aufstehenden Wägen, durch das rauchende Glas zu der kleinen Station. Dort brannten, das Dunkel zerstückend, zwei Lokomotivlampen.

In einem fort hastend, mit den Bastisäulen auf der nassen Erde ausschlagend, stolperte Mischka über die Schwellen, über an den Regen und den Wind zu denken, der ihn hin und her warf, ließ zum Zug, der nach Taschkent fuhr. Dieser Zug war ganz sicher nach Taschkent, die Lokomotiven haben in die Richtung. Und wenn Mischka nicht mitkommen wird, wird er in dieser Regenzeit zugrunde gehen, wird er keine Rettung vor dem drohenden Tod finden.

Neben der Lokomotive machten sich Männer zu schaffen, hämmerten.

Mischka ließ hinter ihrem Rücken hin und her, rannte dann zu den Räder, frachte mit den Händen an den verflochtenen

Lären, beizun noch mehr Angst, nicht mitzukommen, ließ wieder zur Lokomotive.

Jemand lächelte aus dem Dunkel:

„Steh ein wenig doch nicht vor den Räder rum!“

Er trat zwei Schritte zurück, zog die Mähz vom Kopf.

Regen gab, Wind rauschte. Mischka aber stand wie ein

Steiler vor dem Triebwerk der Lokomotive, hielt in der Hand die alte, väterliche Mähz. Als der Maschinist mit brennender

Fackel auf ihn zukam und das rote Licht, unter den Regentropfen

hüpfend, Mischka Gesicht dem Dunkel entzück, sagte er laut:

„Siehes Antelchen, erbarne dich meiner um Christi Willen!“

Der Maschinist sagte nichts.

Und Mischka stand wieder da.

Regen gab, Wind rauschte. Man hämmerte an den Rädern,

er aber drückte sich neben dem Triebwerk herum, zitternd vor

Kälte und Berührung. Wieder kam der Maschinist mit der

Fackel, Mischka sah keine Hand:

„Antelchen, ich gehe hier zugrunde!“

„Wer bist du?“

Mischka wußte selber nicht, wer er jetzt ist. Ein hungernder

Bursche aus Binnul. In nach Taschkent abgezogen, um Brot

zu holen. Seine Kameraden haben ihn im Stich gelassen. Nie-

mand laßt ihn mitfahren. Komme er nicht mitgenommen werden?

Er würde ein klein wenig bezahlen. Er habe ein Messer, tausend

Rubel.

„Warte hier,“ sagte der Maschinist. „Bald kommt der

Schiffert. Biete den recht schon.“

Mischka fiel auf die Knie, streckte die Hände aus, schrie

durchdringend mit der Stimme der Verzweiflung, mit der

Stimme seiner Trübsal, seines Glucks:

„Antelchen, Genosse, um Christi Willen, nimm mich mit!

Ich gehe hier zugrunde!“

Der Maschinist sagte nichts.

Regen gab, Wind rauschte. Mischka aber stand neben dem

Der Maschinist kam.

Er sah Mischka blaues Gesicht, Mischka trübe, schmerz-

erfüllte Augen, fragte mit nicht böser Stimme:

„Fährst wohl mit, Genosse?“

Mischka jammerte:

„Antelchen, jag mich nicht weg! Ich bin diese Nacht fast

erfroren.“

„Wohin fährst du, Menschenkind? Du gehst doch zu-

grunde!“

Es wird einem leichter, wenn die Menschen mit einem

sprechen. Man sagt mehr Mut. Mischka erzählte, woher er

kam und wohin er wollte, prahlte ein wenig: Er habe in

Taschkent Verwandte. Hauptsache, er kommt dort an. Sie

hätten zweimal der Mutter geschrieben und sie gebeten, er möchte

kommen. Sie schreiben: „Gefällt es ihm bei uns, dann kann

er ganz und gar bleiben. Gefällt es ihm nicht, kann er mit

einer Fahrkarte zurückfahren.“

Der Maschinist hörte zu, lächelte, sah Mischka blaue

Lippen an, sagte plötzlich:

„Komm mit.“

Zuerst wollte Mischka es nicht glauben. Als er sich neben

der Lokomotive setzte, sah, als er die vielen nie geklauten

Schrauben, Sägen, Schlüssel, Griffe, als er den feurigen

Schlund sah, schwirren durch seinen hungerigen Kopf allerlei

unruhige Gedanken: „Wo bin ich hingekommen?“

Der Maschinist zog an einem Griff. Oben über dem Dach

begann es zu pfeifen. Er zog an einem anderen Griff. Die

Lokomotive setzte sich in Bewegung, begann zu laufen, zuerst

langsam, vorsichtig, dann immer schneller, und endlich flog sie

mit solcher Geschwindigkeit, daß Mischka Herz stärklich zu

schlagen anfing und seine Gedanken Purzelbäume schlugen. Von

welcher Kraft wurden sie denn getragen, und wer hatte das

alles so eingerichtet?

Beim Ansteigen fuhr die Lokomotive langsamer, dann ließ

sie wieder mit aller Kraft. Der Maschinist im schwarzen Hemd

sah durch das Fenster, rauschte sein Pfeifen. Ein anderer

Mann warf dauernd Holz in den feurigen Schlund, sagte zum

Scherz Mischka unter den Arm, rief dem Maschinisten zu:

„Genosse Kondratjew, wollen wir ihn statt Holz in der

Ofen werfen?“

„Nur rein mit ihm!“ lachte Kondratjew. „Dann wird

wärmer.“

(Fortsetzung folgt)

Um die Linie der Komintern

(Fortsetzung.)

Als letzten Grund für die Ablehnung des Briefes Schölen Rosenberg und Schölen:

Der Brief bezeichnet die Linke innerhalb der KPD als ultralink, antisowjetisch und antikomunistisch.

Auch dieses Argument ist vollkommen unrichtig. Die Linke selbst hat bereits lange vor dem Brief der Exekutive dem Kampf gegen die ultralinken Abweichungen mit solcher Energie aufgeschlossen, daß sogar Maslow und Ruth Fischer gestört waren, sich eine Zeit lang von Schölen zu trennen. Der einzige Vorwurf, den die Linke sich machen kann, ist der, daß sie den Bruch nicht früher und schärfer vollzogen hat.

Als antikomunistisch, antisowjetisch und ultralink wird nicht die Linke, sondern die engeren Führergruppen Maslow, Ruth Fischer und Rosenberg bezeichnet. Diese Gruppen aber mit der Linke identifiziert, begeht den gleichen Fehler, wie Genosse Ernst Meyer auf der letzten Reichsparteitag. Die Linke — das ist nicht Maslow, Ruth Fischer, Rosenberg, Schölen und Korsch. Die Linke — das ist Berlin, Hamburg, das Ruhrgebiet, Zehntausende von revolutionären Arbeitern, die den Kern der Partei bilden. Diese Zehntausende von revolutionären Arbeitern haben bereits zu den Beschlüssen der Exekutive Stellung genommen. Sie haben für den Leninismus und gegen den Bloch antisowjetisch gestimmt. Sie haben bewiesen, daß sie nicht antisowjetisch sind, indem sie den Standpunkt Maslows ablehnen. Sie haben bewiesen, daß sie nicht antikomunistisch sind, indem sie den Standpunkt Schölens abgelehnt haben. Und sie werden beweisen, daß sie nicht ultralink, sondern Sozialisten sind, indem sie die Kleinbürgerlich-antisowjetische Ideologie dieser Gruppen in Stücke schlagen.

5. Die Linke ist kein Stammtisch

Das Schlimmste an der Erklärung der beiden Genossen ist der müßige Hauch des Spießbürgertums, der Geist des Stammtisches, der durch jede Zeile ihrer Plattform weht. Die Diskussion dreht sich um zwei große Probleme der gewaltigen Tragweite: Um das Verhältnis unserer Partei zur Komintern und um den Weg zur Eroberung neuer Massen. Vom bloßen Besprechen dieser Probleme spürt man in dieser Plattform nicht das mindeste. Sie zeigt der Partei keine neuen Aufgaben. Sie geht mit ein paar formalen, nichtssagenden Sätzen über diese Probleme hinweg.

Aber sie beschäftigt sich seitelang mit Nebenfragen. Mit Fragen welcher Art? Wir wollen auch hier offen sprechen: mit Nebenfragen. Schölen und Rosenberg marginalisieren uns, der Partei des revolutionären Proletariats, den zehntausendtausend deutschen Kommunisten, dem Zentralkomitee der KPD, und dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale drohen furchtbare Gefahren. Was für Gefahren? Bisher ist die Gefahr, daß unser Vordringen in den Gewerkschaften gebremst wird? Bisher ist die Gefahr, daß wir mit der Weltpartei des Leninismus in Konflikt geraten? O nein! So weit reicht der Horizont dieser Gruppe nicht. Sie sieht schrecklichere Gefahren. Ihre Linken bolschewistischen Grundzüge verpflichten sie, bedrohlichere Dinge zu signalisieren. Was in aller Welt ist, in dieser konkreten Situation, die größte Gefahr für den Kommunismus? Rosenberg und Schölen antworten:

Schon fordert man die Rückkehr der ausgeschlossenen Fraktionsminderheiten in führende Parteistellungen (?). Schon fordern sie die durch das Mißtrauen der Mitgliedschaft von ihren Posten (!!!) entfernten Offiziere der Brandlerzentrale an, die alten Posten (!!!) wieder einzunehmen... Der im Kern rechte Angestellten- und Sekretär-Apparat (!!!) der Partei faßt über die Beteiligung der linken Führung...

Also die Komintern und wir alle sind das Opfer einer solchen Fragestellung geworden. Wir dachten bis heute, die Parteidiskussion ginge um die Frage der leninistischen Theorie, um den neuen Kurs unserer Gewerkschaftsarbeit, um die Anwendung unserer Verhältnisse zu den sozialdemokratischen Arbeitern, um die Einschätzung der neuen politischen Situation in Deutschland usw. Weit gefehlt! Die Diskussion geht um die Neubehaltung, Rückwärts, Eroberung und Verteidigung der Posten. Im Mittelpunkt steht wieder die deutsche Arbeiterklasse, noch die kommunistische Internationale. Im Mittelpunkt steht der im Kern rechte Angestellten- und Sekretär-Apparat der Partei! Und weil wir, kraft unserer linken bolschewistischen Grundzüge, gewohnt sind, „schon unseren Wesen nach“, die wirklich brennenden Lebensfragen des Proletariats in den Vordergrund zu stellen und uns durch kein Ablenkungsmanöver irreführen zu lassen, darum sagen wir: „die praktischen Aufgaben der Partei und die Analyse der gegenwärtigen Situation sind im Brief des StK zwar durchaus zutreffend dargestellt“, aber dies — nämlich die praktischen Aufgaben und die Analyse der gegenwärtigen Situation, sind nur veruchte brandlerische Manöver der Komintern, um uns von dem eigentlichen Inhalt der Debatte abzulenken: nämlich vom Angestelltenapparat. Aus diesen Gründen rufen wir alle alten Linken „in allen Bezügen“ auf, sich nicht etwa durch die praktischen Aufgaben und die Analyse der gegenwärtigen Situation ablenken zu lassen, sondern den Standpunkt der Exekutive entschlossen abzulehnen. Bisherige Schlussfolgerung: „Wir lehnen den offenen Brief des StK ab.“

Diesen Standpunkt ironisch zu behandeln, ist noch das Mindeste, was man gegenüber den Genossen Rosenberg und Schölen tun kann. Aber wäre unsere Partei schon eine bolschewistische Partei, würde sie dieser Gruppe keine Stunde länger erlauben, mit solchen Plattformen vor die Arbeiterschaft zu treten.

Wir lehnen es ab, an dieser Stelle auf die Frage der Posten und des Angestelltenapparates einzugehen. Wir diskutieren darüber nicht im Angesicht der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse. Darüber mögen die Organisationen unserer Partei entscheiden.

Worauf es ankommt, das ist die Erkenntnis aller, in erster Linie der Linken, und nicht zuletzt auch der ultralinken Arbeiter unserer Partei: Dieser Geist des Stammtisches muß aus unseren Reihen ausgeräumt und ausgerottet werden. Nur die deutsche Linke von einem solchen Standpunkt aus betrachtet, verifiziert nicht, sondern schändet ihre Tradition. Die deutsche Linke war kein Kegelschuss und kein Kriegerverein, sondern sie war die politische Richtung der revolutionären Arbeiter Deutschlands, von denen nicht wenige auf den Barricaden Hamburgs und des Ruhrgebietes ihr Leben hingegeben haben — nicht um den Angestelltenapparat vor Brandleristen zu schützen, sondern um für die Diktatur des Proletariats und für die Komintern zu kämpfen.

Das soll eine „reife“ Plattform sein? Es ist der Gesichtskreis von Honoratoren einer hinterpommerschen Kleinstadt. Diese Plattform ist so klein, daß höchstens die Genossen Rosenberg, Schölen und ein Duzend ihrer engsten Anhänger darauf Platz haben.

6. Der antisowjetische Bloß

Die Überschrift der Rosenberg-Schölen Erklärung lautet nicht:

„Für die Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse.“

Sie lautet auch nicht:

„Für die Einheit unserer Partei.“

Sondern sie lautet:

„Für die Einheit der deutschen Linken.“

Diese Lösung hat im gegenwärtigen Augenblick, im Zusammenhang mit dieser Erklärung einen ganz klaren politischen Sinn: Zusammenschluß der ultralinken Führergruppe mit der Maslow-Ruth-Fischer-Gruppe zum gemeinsamen Kampf für die Linken bolschewistischen Grundzüge, gegen den brandleristischen Kurs der Komintern. Man kann unserer Partei vieles zumuten, aber man darf sie nicht für naiv halten. Sie hat genügend viele und genügend schwere Fraktionskämpfe durchgemacht, um den Sinn dieses Appells, trotz seiner Verhüllung, genau zu erkennen. Von der Hege gegen den roten Imperialismus bis zur bewußten Umkehr von der „Rechtsabwehrung“ der Komintern, von der Ablehnung des StK-Briefes bis zum Angriff auf den „Sekretärapparat“, von der Linken bolschewistischen Grundzüge bis zum Mißtrauensvotum gegen das Zentralkomitee, das nicht ins Lande sein wird, den erneuten Ansturm der Brandlerianer abzuwehren, durch alle Stadien dieses imposanten Gebäudes zieht sich eine gemeinsame Linie: die Linie des antisowjetischen Bloßes von Korsch bis zu Maslow im Kampfe gegen den neuen Kurs der Partei. Bei jedem Schritt, den wir tun werden, wird diese Gruppe ausrücken: „Die Brandlerianer besetzen die Posten auf neuem Linke aller Gruppen vereinigt euch!“ Diese Gruppe wird es sogar als Brandlerismus, als Koalitionspolitik und als Liquidatorium bezeichnen, wenn wir den Sozialdemokraten anbieten, bei irgend einer Gemeindevahl die Reststimmen zu verrechnen. Sie wird sich hierin auch dadurch nicht stören lassen, daß unser letzter Parteitag in seinen Richtlinien zur Kommunalpolitik diese Möglichkeit ausdrücklich festlegte. Dieser Bloß wird bei jedem Schritt vorwärts, bei jedem Schritt zu den Mäßen, bei jedem Schritt in die Betrübe Alarm rufen. Sie wird Tag und Nacht erklären: „Toß! Brandlerismus!“

Aber die Partei ist nicht so untreu, wie diese Gruppe glaubt. Die Partei hat in sieben Revolutionsjahren einiges gelernt. U. a. hat sie gelernt, daß die Exekutive nicht aus Schräglinien des Brandlerismus besteht. U. a. hat sie aus diesen bitteren Erfahrungen gelernt, daß linke Thesen weder für die KPD, noch für andere eine Garantie gegen eine sozialdemokratische Politik waren. Der Horizont der Partei ist um einige tausend Kilometer größer als der Gesichtskreis des Stammtisches. Und darum wird die Partei den Schräglinien, bewußtloser, rückwärts, so einen Kampf gegen die ultralinken Plattform aufnehmen. Die entscheidenden Fragen dieses Kampfes lauten:

Für die Komintern — oder gegen die Komintern!

Bolschewistische Massenpolitik — oder ultralinken Kleinbürgerliche Stammtischpolitik!

7. Moskau marschiert — die Antimoskauer bleiben auf der Straße

Die Genossen Rosenberg, Schölen, Sint usw. vergessen, daß der russische Bolschewismus 27 Jahre alt ist, daß er im Feuer des Kampfes gegen zwei imperialistische Kriege und in der Blutrevolution geformt und gefestigt wurde. Der linke Bolschewismus der Rosenberg und Genossen heißt dagegen nur eine mittlere Lebensdauer von 1 1/2 bis höchstens 4 Jahren. „Seinem inneren Wesen nach“ gehörte dieser „linke“ noch bis zum Herbst 1920 in die Porträtgalerie der Crispian und Genossen, und daß er keine Vergangenheit bis zum heutigen Tage noch nicht abgereist hat, haben wir in den vorstehenden Kapiteln zur Genüge bewiesen. Seine Kindheit waren alle die Kindertänze des Kapitalismus, wie sie Lenin so treffend geschildert hat, und sein „reifes Alter“, d. h. der reife bolschewistische Kern in der KPD, sind alle Altersschwächen der Großtäuschpolitik, um die Verteidigung der Posten und Wägen und Kanten.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung aber macht nicht halt vor dem Ozean des Großtötch. So entsteht die eigenartige Situation, in der sich heute die KPD befindet. In der ganzen Welt schreitet die Politik Moskaus mit Riesenschritten vorwärts. In Asien, in Kleinasien, in Afrika, überall, wo die geknechteten Kolonialvölker unter der erhöhten Ausbeutung der imperialistischen Räuber gegen diese millionenfachen Druck rebellieren, orientieren sich diese Völker an dem lebendigen Beispiel der befreiten Arbeiter und Bauernmacht Sowjetrußland, die heute als Weltmacht durch ihre Existenz den Bestand des kapitalistischen Ausbeutungssystems bedroht. Das 300-Millionen Volk Chinas, die unterdrückten Millionen Indiens, die Millionen nomadischer Völker Kleasiens, Nordafrikas, alle begeistern sich, sammeln Kampfesmut und Siegeshoffnung aus dem Erfolg und der Zerkunft der russischen Millionenmächte, die ein Drittel dieser Erde als freies Land dem kapitalistischen Räuberpack abgetrotzt haben. Selbst die konservativen englischen Gewerkschaften geraten immer mehr unter den Einfluß der Politik Moskaus, nehmen den Kampf gegen die eigenen Imperialisten, des letzten Stieges bis heute waren, mit Entschiedenheit und Erfolg auf, holen ihre ganze Kraft mit großer Begeisterung aus dem unerhöhtlichen Gemelbore des revolutionären Klassenkampfes, wie er ihnen am Beispiel Rußlands vor Augen steht.

Im das ein bedeutende englische Erscheinung, etwa gar eine englische Krankheit? Nein, vor unser aller Augen spielen sich dieselben Tatsachen in Deutschland ab. Das Schlimmste ist nur, daß die logonanten „Praktiker“ des „reife Kern“, die die bolschewistische Politik mit Beschlag belegen haben, nicht sehen, was sich in der deutschen Arbeiterklasse abspielt: Die Reise der paar Duzend sozialdemokratischer Arbeiter nach Sowjetrußland und ihre heutzutage Berichterstattung, die im Bewußtsein der deutschen Arbeiterklasse zur Fortentwicklung des revolutionären Klassenkampfes hundertmal schwerer wiegt als Tausende Berichte, Rundfunkartikel und Propagandamaterial, das die kommunistische Partei ins Lande ist, zu liefern. Die Tatsache, daß in der so verhassten sozialdemokratischen Arbeiter, die durch die Atmosphäre der antisowjetischen Verleumdungen und Straftaten ihrer Führer, die seit Jahren auf sie einwirkten, heute die Schlieren zerreißen, die um sie gewoben wurden, die Tatsache, daß unter dem Druck der Arbeitermilitärischer die sozialdemokratische Zeitung in Dresden vor der Gesamtmittgliederversammlung der Partei Delegierten erhalten lassen muß, die Tatsache, daß in München das bürgerliche antisowjetische Heftblatt, „Die Münchener Post“, einen rücksichtslosen und offiziellen Bericht der Rußlanddelegation ohne Erlaubnis der Partei aufzunehmen muß, die Tatsache, daß die antisowjetischen

Organ der Sozialdemokratie glauben, mit dem Anstand der Ablehnung der Rußland-Delegationen aus dem sozialdemokratischen Lager um eine Stellungnahme sich brüden zu können, heute gezwungen ist, Seite um Seite diesen Briefen zu antworten, die Tatsache, daß im März in Berlin die Forderung nach einer Rußland-Delegation nicht mehr mit einer Handbewegung, wie früher, abgelehnt werden kann, all diese Tatsachen beweisen, daß in der deutschen Arbeiterklasse Moskaus gefaltig auf dem Vormarsch ist.

Wir haben es also hier nicht mit einer einzelnen, nicht mit einer deutschen Erscheinung zu tun, sondern wir haben es mit der Tatsache zu tun, daß alle unterdrückten Nationen und unterdrückten Klassen dieser Erde in zunehmendem Maße und mit unüberwindlicher Kraft sich nach Moskau orientieren und dabei den einzigen Weg ihrer nationalen und sozialen Befreiung erkennen.

Das ist das große Geschehen, das ist die weltgeschichtliche Wendung, in der wir uns heute befinden.

Man werfe nur einen Blick in die bürgerliche Presse, in die Preise des Schwerekapitals, der Finanzindustrie und der Hand- und Börsenjobber. Nehmt heute das „Berliner Tageblatt“, die „Vossische Zeitung“, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die „Deutsche Tageszeitung“, die „Frankfurter Zeitung“, die „Germania“, kurzum, jede Zeitung, die ihr wollt, da werdet ihr angesternte Spaltenlange Artikel finden über den Erfolg der Welt-Moskaus in allen Ländern, auf allen Gebieten, wobei ihr die Bourgeoisie sieht mit schottischen Kanten diese Gefolge und erkennt die Gefahren, die ihr gerade von dieser Seite drohen.

Moskau oder London? Das ist heute in der gesamten Weltpolitik die Frage. Sie das rote Moskau, um das sich alle Interessen und Ausbeuteten der ganzen Erde sammeln, dort das weiße London, das London des Dawepaltes, das London des Weltverbundes, das London der imperialistischen Westausbeutung, das sind die beiden Mächte, die einander gegenüberstehen.

Und was will die Komintern? Die Komintern will nichts anderes, als das, daß die nach der russischen Partei bedenkliche kommunistische Partei, die KPD, die mitten im feindlichen Lager steht, dieses große weltgeschichtliche Ereignis der Umgruppierung der revolutionären Kräfte erkennt und Maßnahmen ergreift, welche die Avantgarde in diesem Entwicklungskampf zu sein. Die Kräfte, die in Deutschland für die Neuorientierung heranzuführen, muß die KPD sammeln, so daß die Kommunisten nicht am Schwanz der Entwicklung, sondern an der Spitze marschieren.

Was aber sagt uns der „reife bolschewistische Kern in der KPD“? Er sagt uns, die Komintern will nichts anderes als Eroberung der Posten durch die Brandlerianer und stößt den Angriff aus, den Sammelruf „an alle Linken in Stadt und Land“. Die revolutionäre Arbeiterbewegung geht neue Wege, stellt neue Aufgaben. Aber der „reife bolschewistische Kern“ schreit und jammert: „Seht, Brandler kommt, seht auf der Seite! Neue ungezählte Millionen marschieren dem Kommunismus entgegen. Der reife Kern“ aber schreit, „acht! Acht, das sind alles Brandlerianer“. Zum ersten Male, seit Halle, sehen wir die Anfänge zu einem wirklich ernsthaften Flügel in der deutschen Sozialdemokratie. Das ist nicht die verheerende antisowjetische Linke des Parteibürokraten der Minister Fellsch und Stipinski, der Woboten Rosenfeld und Veb, das ist eine Gruppe von Arbeitern aus den Betrieben. Freiberger, Beunruhigt und Genossen verfahren in Deutschland den Typus der zum revolutionären Bewußtsein kommenden Sozialdemokraten, genau so wie in England der Cook, Purcell-Bromley den Typus der zum revolutionären Klassenkampf strebenden englischen Arbeiterklasse darstellen oder wie bei den unterdrückten Millionenvölkern Chinas die Nachfolger Sunjatsiens in der Kantoner Regierung das gleiche Reizenglied in dieser weltgeschichtlichen Wendung verkörpern. All das steht unter „reife Kern“ nicht. Aengstlich starrt er in die Vergangenheit und schreit: „Hüt Euch vor den Brandlerianern!“

Wo findet man in der Plattform von Schölen und Rosenberg auch nur den leisesten Anflug an dieses neue weltgeschichtliche Geschehen? Kein Wort, kein Gebante davon! Mit einer Studiertheit ohne Gleichen, mit einer Ignoranz, wie sie bisher kaum glaublich erschien, gehen die Rosenberg und Schölen an diesen Tatsachen vorüber. All das, was um sie vorgeht, geht sie nicht an. Und soweit sie auch nur Notiz davon nehmen, geschieht es eben mit der gleichen Ignoranz und Stupidität, wie wir sie schon aufgezeichnet haben. Lesen wir in ihrer Plattform nur folgendes:

Gefügt es den Rechten, sich der Partei zu bemächtigen, so werden sie die Lösung „Bildung eines linken Flügels der Arbeiterklasse“ dazu ausnutzen, um die Rolle der kommunistischen Partei zu verdrängen und durch Bündnispolitik mit der sozialdemokratischen Führerschaft die KPD zum Anhängel der SPD zu machen.“

Auch dieser Satz charakterisiert aufs schlagendste seine Verfasser. Kein praktischer Vorschlag, kein Wink für die große politische Aufgabe der Partei, aber der sterbende billige Hinweis: „Die neue Politik bringt die Gefahren rechter Abweichungen mit sich.“ Wer bestreitet das? Wer braucht berufsmäßige „Männer“, um das zu sehen?

Wer zur heutigen Situation nichts Besseres, nichts Praktischeres zu sagen hat, der hat nichts von der heutigen Situation und ihren Problemen begriffen.

Man fordert von der ultralinken Gruppe, die sich anmaßt, die Partei zu führen, ein praktisches Programm, und diese Gruppe antwortet: „Vorwärts! Brandlerismus!“

Diese Genossen hören nicht den neuen kräftigen Rhythmus, der durch die Arbeiterklasse der ganzen Welt zieht. In ihre Ohren bringt nur die dünne, langgezogene, bis zum Ueberdruß eintönige Musik der Kabalenanmerkung von „Aber-mittwoch-Morgen“. Diese Musik lenkt nur einen einzigen „Reife Linke“, „Brandleristen“. Dieser „reife Kern“ lebt nur in der Vergangenheit, für die Vergangenheit, und nicht für die Gegenwart.

Diese Bänkefänger mit den alten Gassenbauern werden niemals begreifen, daß wir eine einheitliche bolschewistische Massenpartei werden müssen, die endlich mit den fraktionellen Kommissaren der Vergangenheit Schluss zu machen hat. Die ersten festen Kurs einschlägt, gestützt auf die besten Traditionen und Erfahrungen der alten Linken, geleitet vom Leninismus, getragen von allen Kommunisten, die auf der Linie der Partei und der Komintern stehen, auch wenn sie Fehler begangen haben, aber diese Fehler offen und ehrlich fortgeraten.

Diese Bänkefänger werden niemals begreifen, daß ein Unterschied zwischen den sozialrevolutionären Führern der Sozialdemokratie und den hunderttausenden sozialdemokratischen Arbeitern besteht, die keine Lafaien der Bourgeoisie sind, sondern unsere Klassenbrüder, die tüftlichen Kämpfer der proletarischen Einheitsfront, der Haupttrupp der kommunistischen Revolution.

(Fortsetzung folgt.)

Englands antirussische Ostpolitik

Die „Adnische Zeitung“ beschäftigt sich in einem Artikel ernstlich mit der Ostpolitik Englands in den russischen Randstaaten und führt dazu das folgende aus:

„Das Verhältnis zwischen dem Rätebund und den Großstaaten des Westens hat sich geändert und die Baltischen Staaten sehen sich vor einer vollständig geänderten Lage in der großen Politik; daraus müssen sie ihre Folgerungen ziehen. Es ist daher möglich, daß die französisch-polnische Richtung ihren maßgebenden Einfluß auf die Politik der baltischen Staaten vielleicht nicht mehr lange behalten wird. Solange Poincaré in Frankreich herrschte, solange Frankreich als der härteste Feind Rußlands angesehen wurde, und daher naturgemäß Polen sich als der Vorposten Frankreichs im Osten in einer scharfen Oppositionstellung Rußlands gegenüber befand, war es verständlich, daß bei dem polnisch-russischen Gegensatz die Baltischen Staaten ihre militärische Abwehrpolitik auf diesem Interessengegensatz aufbauten und dabei im gewissen Sinne zu einer russisch-französischen Politik gezwungen waren. Seitdem hat in Frankreich der sozialistische Einfluß zugenommen und Frankreich verhandelt mit den Bolschewiken über den Schuldenausgleich. Infolgedessen ist es kein Wunder, daß gerade in der letzten Zeit auch zwischen Polen und Rußland Neben- und Gegenreden gewechselt worden sind, die auf eine merkliche Entspannung zwischen diesen beiden Staaten hindeuten. Das ist berechtigt, denn Polen ohne die Unterstützung Frankreichs wird nie daran denken, militärisch gegen Rußland aufzumarschieren; ebenso wird sich Polen unter solchen Umständen hüten, in einen bewaffneten Konflikt zur Verteidigung der Baltischen Staaten einzugreifen. Die Voraussetzung für die bisherige Politik der Baltischen Staaten hat sich also geändert. Der scharfe Gegensatz zwischen Polen und Rußland ist wesentlich gemildert worden. Dagegen lebt heute in England der ewige Interessengegensatz zwischen England und Rußland wieder auf und nimmt immer schärfere Formen an. Der Kampf im Osten — die chinesische Revolution — ist nur ein Schritt des Rätebundes, um England an seiner gefährlichsten Stelle, in seinen Kolonien, zu treffen. England kann diesen Angriff auf seine Kolonien nicht dulden, wenn es sich nicht selbst aufgeben will, daher baut es heute überall in langsamer, fortschreitender, planmäßiger Arbeit alle Kräfte aus, die gegen räterussische Expansionen geübt werden können. Diese Kräfte sind auch im Mittelmeer am Werk. Die in der letzten Zeit zu beobachtende Schwedisch-finnländische Annäherung weist darauf hin, daß die englische Politik erkannt hat, daß ein Zusammengehen nur derjenigen Staaten wirklich eine Sicherung verspricht, die politisch und kulturell einander ergänzen und mehr oder weniger gleichwertige Gebilde darstellen. So hat sich Rußland heute unter englischem Einfluß endgültig für die skandinavische Lehne entschieden.“

Rumänische Kulturbilder

Aus dem Protokoll des Rischneider Bauernprozesses

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ besitzt als einziges Blatt Europas einen eigenen Korrespondenten beim Rischneider Mönster-Prozess. Sie veröffentlicht heute Auszüge aus dem Bericht mit dem Hauptangeklagten Michael Ungureanu, die zeigen, was Wahres an der Erklärung der rumänischen Regierung ist, es habe sich damals um eine „bolschewistische Revolution“ gehandelt. Der Hauptangeklagte, ein 25-jähriger Greis, war ursprünglich Mitglied der Spalul-Zerk, jener Kaderpartei, die den Anstich des Arabiens an Rumänien beschaffen hatte. So haben seine Ausführungen ganz besonderen Beweiskraft.

Ungureanu: Meine einzige Schuld besteht darin, daß ich während der Revolte die Kooperative bewachte, dort ist mein ganzes Vermögen gewesen.

Der Vorstehende hatte genug, der Angeklagte konnte abtreten. Zu der Sitzung, die der Bauernrat von Rumänien gegeben hat, ist keine Linie hinzuzufügen, um das Bild eines „Kulturstaates“ zu gewinnen.

Prügel mit dem Holzhammer

Im Laufe der Verhandlungen sagten wiederholt die Beschuldigten über die Misshandlungen, die sie während der Untersuchung und während des Prozesses erdulden mußten, daß der Vorstehende erklärte, davon nichts zu wissen, er habe sich der Angeklagte Rasalowitz und vier: „Der Herr Oberleutnant zu Ihrer Linken kam selbst gestern nacht in meine Zelle und schlug mich mit einem Holzhammer auf den Kopf und ins Gesicht. Gemeint ist der berühmte Oberleutnant Morarescu, der Märtyrer der dreißig ultrarumänischen Bauern. Der Vorstehende kultivierte die Beschuldigung des Rasalowitz mit der Anordnung, ihn für dreißig Tage in Straßkeller zu legen. Die Straßkeller sind zwanzig Kilogramm schwere Kugelfellen.“

Protest der verhafteten rumänischen Gewerkschaftsführer

Die am 2. September auf Anweisung des Bukarester Militärkommandanten Major Göttau verhafteten 19 Führer der unabhängigen Gewerkschaften Rumäniens, die zum Zeichen des Protestes gegen ihre Verhaftung in den Hungerstreik traten, erklärten dem Untersuchungsrichter, daß die Behauptung der Pölguranga, daß sie während eines illegalen Kongresses der unitären Gewerkschaftsverbände verhaftet, falsch sei. Da sie nur an einer gewöhnlichen Sitzung der unitären Gewerkschaftskommission teilgenommen hätten, die einer besonderen Erlaubnis der Behörden nicht bedarf, sie erklärten aus diesem Grunde ihre Verhaftung für gelehrt.

In Bukarest fand ein von den Metallarbeitern organisiertes Protest-Meeting gegen die Verhaftung der 19 Gewerkschaftsführer statt. Regelmäßige Protestkundgebungen wurden in allen Industriezentren des Landes abgehalten.

Die heute haben die Amsterdamer Gewerkschaftsführer noch nicht zur Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung in Rumänien Stellung genommen. Auch gegen die Verhaftung der 19 rumänischen Gewerkschaftsführer ist seitens der Amsterdamer Gewerkschaftsführer unseres Wissens noch kein Protest eingelegt worden. Es ist Wille der Gewerkschaften und der organisierten Arbeiter der ganzen Welt, den härtesten Protest gegen die Unterdrückung der rumänischen Gewerkschaftsbewegung zu erheben. Die organisierte Arbeiterbewegung muß die Amsterdamer Gewerkschaftsführer dazu zwingen, die Gewerkschaften zur Unterstützung des heldenhaften Kampfes der rumänischen Arbeiter und Bauern gegen das Terrorregime der Bojaren und Finanzoligarchen einzusetzen.

Jeder Arbeiterzeitungsleser, Proletarier, Gewerkschaftler

darf nur seinen Bedarf in Baumwollwaren, Wäsche, Kleiderstoffen im

Wiemohaus, Reuschestraße 20/21 decken.

Weshalb? Weil wir durch immer größer werdenden Umsatz in der Lage sind, die Preise infolge großer Einkäufe auf das Minimum zu reduzieren.

Schauspielhaus

Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Täglich 8 Uhr:

Riquette

Allen Arbeiter-Vereinigungen

empfehle die Kompositionen von P. G. Lehmann

Eeben **Auferstehung** (genü. Chor)

Kon. verlange Partituren zur Ansicht.

Ja begeben auch den Bedarf der freien

Gesangsgemeinschaft Bestfalls.

Paul Mittan, Düsseldorf

Wegstraße 11.

Liebig-Theater

Täglich 8 Uhr

Der

Sensations-

Erfolg

des

Eröffnungs-

Programms

Trauer-Kleidung

jeder Art

für Damen und Mädchen

in größter Auswahl stets vorrätig

M. Centower

Breslau, Schmiedebriicke 7-10

Robert Banke, Striegau

Bahnhofstraße 9

Herrn- u. B.-Anzüge

Handgeher - Bekleidung

Clubuniform f. Rote Frontkämpfer

Ständig lieferbar

Garantirt wasserdicht

Suche ein

großes Zimmer

Offerten unter G. 100 an

Exp. Schles. Arbeiter-Zeitg.

Spielplan

von Montag, den 28. Septbr. bis Montag, den 5. Oktober

Lobetheater

Montag, den 28. Septbr. bis

Sonntabend, den 3. Oktober

abends 8 Uhr

„Der Kreidetreis“

Spiel nach dem Chinesischen

von Klauud

Sonntag, den 4. Oktober

abends 8 Uhr

„Boubourche“

Gratseke von Courteline

„Larkuff“

Lustspiel von Moliere

Montag, den 5. Oktober

abends 8 Uhr

„Der Kreidetreis“

Spiel nach dem Chinesischen

von Klauud

Thaliatheater

Sonntag, den 27. und

Montag, den 28. September

abends 8 Uhr

„Es“

Drama von Carl Schönherr

Dienstag, den 29. Septbr.

bis Freitag, den 2. Oktober

abends 8 Uhr

Gastspiel Dr. Paul Baraton

„Sott der Raach“

Drama von Schalom Rich

Böhmische Bettfedern

Eigene geschliffene Landw. u. weiße u. graue

Dunen, auch Halbduunen in großer Auswahl,

sowie fertige, federdicke Füllens verkauft

zu billigsten Preisen nur von

Montag, d. 28. 9. bis Freitag, d. 2. 10.

FL Köhlers Nachf.

Verkaufsort: Ring Nr. 3 im Hof.

Für die arbeitende Bevölkerung

ist die beste und billigste

Bezugsquelle

das

Herren-Kleidermagazin

H. Raphael, Ring 12

Kein Laden

Teilzahlung gestaffelt

.....

Die beste u. billigste

Bezugsquelle

für sämtliche Fleisch- und

Wurstwaren finden Sie bei

Adolf Weiß

Fleischerei- und Wurst-Fabrik

Molkestr. 13

Wiederverkäufer Vorzugspreise

Genosse! Du sabotierst Deine Zeitung

wenn Du nicht bei jedem Einkauf auf dieselbe hinweist und in den Geschäften, die

nicht in Deiner Zeitung inserieren wollen, noch weiterhin Deine Waren kaufst! Jeder

Geschäftsmann, jedes Verkehrs-Lokal, alle

müssen in Deiner Zeitung inserieren!

Lokales

Die Verkleppung von Max Soels

nach Groß-Strohlich und seine Marterung durch die Senters-
mechte dieser Halle wird Dienstag abend in den Zentral-Ball-
sälen durch den Genossen Redakteur Max Kuderz und die
Genossen Traute Soels gebrandmarkt werden.

Den Gewährhabern muß gesagt werden, daß die revolutionä-
re Breslauer Arbeiterkassette nach wie vor noch den lebhaftesten
Anteil an dem Gescheh von Max Soels nimmt und den gesell-
schaftlichen Kampf an ihm mit allen Mitteln beschleunigen wird. Die
Verammlung am Dienstag soll ferner der Auftakt für den
Kampf für die Vollamnestie bilden. Noch sitzen trotz „Am-
nestie“ Tausende Proletarier in den Zuchthäusern und Gefäng-
nissen, weil sie für ihre Klassenrechte eingekerkert sind, während
Hitler, Ludendorff und Ehrhardt sich auf freiem
Fuß befinden und neue Staatsreichtümer schmücken.

Amnestie allen proletarischen politischen Gefangenen bis
zu Max Soels, Kampf der Klassenjustiz, Kampf dem mittels
allerlichen Strafvollzug, das muß die Parole aller
Klassenbewußten Arbeiter sein. Die sozialdemokratischen Arbeiter,
die im Gegenzug zur „Volksmacht“ der Klassenjustiz ge-
genüber dieselbe Stellung einnehmen wie ihre kommunistischen
Klassenkämpfer, müssen ganz besonders auf diese Verammlung
aufmerksam gemacht werden.

Jeder Genosse muß seinen Arbeitskollegen in die Zentral-
Ballsäle mitbringen, damit die Verammlung von Tausenden
von Arbeitern und Arbeiterinnen besucht wird.

Solche Massenversammlungen an allen Orten sind jetzt
unbedingt notwendig, um die parlamentarische Aktion für Max
Soels, die von der kommunistischen Landtagsfraktion ein-
geleitet wird, wirksam zu unterstützen und den geplanten Mord
zu verhindern.

Das Herbst- und Kinderfest der Z.N.

(Vorbereitung)

Das am Sonntagabendmittag- und abend im großen Saal
des Schloßverdeckes stattgefundene Herbst- und Kinderfest der
Z.N. war von mehreren tausend Arbeitern und Arbeiterinnen
besucht. Ein reichhaltiges Programm bestehend aus Gesang,
Musik und turnerischen Vorführungen, Preispielen, Verlosungen
sorgte für gute Unterhaltung der Gäste. Ein besonderes Ge-
spräch erhielt die Veranstaltung durch die Mitwirkung des Ar-
beitersportkretzes. Besonderen Beifall fanden die Vor-
führungen der Arbeiter-Radsportler, darunter drei Kunstfahrer.
Die Tänze der Kindertруппen der Freien Turnerschaft
und das Kunstturnen am Barren. Für die gefangene Unter-
haltung sorgten die Gesangsvereine „Vorwärts“ und „SoS“.
Der Abend war durch Tanz und Verlosungen ausgefüllt. Ein
Erwerbsloser, Vater von sieben Kindern, gewann ein Schwein,
ferner wurden Gänse, Hühner, Tauben und zahlreiche wert-
volle Gegenstände gewonnen.

Der Überschuss der gesamten Veranstaltung, der hoffentlich
zu guter Zeit wird, wird zur Winterbeheizung einer größeren
Anzahl bedürftiger Breslauer Arbeiterkinder verwendet. Es ist
daher zu hoffen, daß künftige Veranstaltungen der Z.N. von
der Breslauer Arbeiterkassette mit gleichem Interesse aufgenommen
werden, wie das Herbst- und Kinderfest.

Umgebung Unterbezirks- und Wahlleiter

Nachdem der Wahltermin nun endgültig festgelegt worden
ist, gilt es mit verstärkter Kraft und in beschleunigtem Tempo
die notwendigen Vorarbeiten zu erledigen.

Zuerst sind die Kandidatenlisten gemäß den ergangenen An-
weisungen zu vervollständigen. Die Kandidaten müssen folgende
Bedingungen erfüllen:

- 1. Sie müssen eine gemeindefürderliche Bescheinigung be-
sitzen, daß der Kandidat am Tage der Wahl das 25. Lebens-
jahr überschritten hat, Reichsangehöriger ist, in der Provinz
Schlesien wohnt und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist.
- 2. Die Kandidaten müssen folgende schriftliche Erklärung ab-
geben:

„Hiermit erkläre ich, daß ich die Kandidatur für die Liste
der kommunistischen Partei zur Provinziallandtagswahl im
Kreise ... annehme.
Eine Kandidatur für eine andere Partei habe ich nicht
angenommen.“

(Unterschrift.)

(Wohnung.)

(Diese beiden von der Gemeindefürderliche, also nicht vom
Antragssteller und in der Stadt vom Magistrat, also nicht von
der Polizei oder deren Revier, auszustellende Bescheinigung
muss von dem Kandidaten so oft beigebracht werden, als der Kan-
didat in den einzelnen Kreisen kandidiert, z. B. Ulrich-Wörlich,
kandidiert in Wörlich Stadt, Wörlich Land, Lauban, Bunsau,
Hoyerswerda, also muss er 6 Bescheinigungen beigebringen und so
wie bei Ulrich in gleichliegenden Fällen. Bei der Einreichung
der Liste in jedem Kreise muss diese Bescheinigung einzeln bei-
gebracht werden.)

Sämtliche Vorschläge in den Kreisen zum Provinziallandtag
und zum Kreisrat müssen bis spätestens 6. Oktober abends 8 Uhr
bei dem im Kreisblatt veröffentlichten zuständigen Wahlvorsteher
eingereicht werden. Die Genossen müssen sich also sofort das
Kreisblatt besorgen und nachsehen, wer als Wahlvorsteher in dem
betreffenden Wahlkreis.

Bei der Abgabe des Wahlvorschlags muss von dem Wahl-
vorsteher eine von den Genossen selbst abzulegende Bescheinigung
folgenden Inhalts vorgelegt werden:

„Der Kreiswahlleiter für den Kreis ... hat heute am
... Uhr erhalten die ... Liste der kommunistischen Partei zum
Provinziallandtag“ und bescheinigt hiermit, daß er diese Liste
nebst den dazu gehörigen amtlichen vorgeschriebenen Anlagen
von dem Wahlvertrauensmann der K.P.D., Herrn ... ord-
nungsgemäß erhalten hat.“

(Ort.)

(Unterschrift.)

3. Gleichzeitig müssen unsere Genossen fragen, welche Pa-
sten Listen bereits eingereicht haben, damit sie feststellen können,
unter welcher Nr. wir dann zur Wahl gehen. Je schneller und je
mehr wir einstimmen, umso mehr werden wir nach vorn rücken, es
ist für die Wahl sehr günstig, wenn die Kommunisten an der
ersten Stelle stehen und nicht an der letzten.

4. Damit die Reststimmen, die sich in jedem Kreis ergeben
haben, resp. die Stimmen, die wir in einzelnen Kreisen erhalten

Wohnungseld und Geschlechtskrankheiten

Geschlechtsranke Kinder

Im Verlag „Der Einheitsfall“, Berlin D 34, ist soeben
unter dem Titel „Kulturfrage. Die Wohnungsnot als So-
zialproblem“, ein kleines Schriftchen erschienen, das in knappen
Sätzen die heutige Wohnungsnot und ihre Folgen für Volks-
gesundheit und Sittlichkeit in anerkennender Weise und an der
Hand vieler Beispiele schildert. Der Schriftsteller legt ein Vortrag
zugrunde, den der Verfasser, Viktor Knack, vor kurzem in der
Gesellschaft für Sexualreform in Berlin gehalten hat. Ein
paar Beispiele aus der empfehlenswerten Schrift seien hier
angeführt:

„Jornborfer Straße... erstes Quergebäude, wohnen in
einer Stube und kleinen Küche Eheleute mit ihren zwei Kindern,
einem zehnjährigen Mädchen und einem zweijährigen Knaben.
Als Untermieter wohnen bei ihnen die jüngere verheiratete
Schwester der Ehefrau und deren Mann. Die Schwester ist
schwanger. Diese sechs Menschen schlafen in drei Betten. Der
Ehemann ist Schlosser von Beruf, aber seit langem erwerbslos;
leidet an Gonorrhöe. Er hat seine zehnjährige Tochter aufge-
kettelt.“

„Königsberger Straße... erster Seitenflügel, bewohnen
1920 neun Personen Stube und Küche: 49-jähriger Vater,
48-jährige Mutter, vier Töchter im Alter von 20, 19, 18 und
15 Jahren; drei Söhne: 16-, 11- und 8-jährig. Soziologisch
sehr interessant ist, was bis heute, also im Verlaufe von etwas
über vier Jahren, aus dieser Familie — wesentlich infolge
Wohnungselds — geworden ist. Der Vater hat seine lebens-
fähige Tochter mißbraucht und kam wegen Verbrechens der
Blutschande ins Gefängnis; er befindet sich gegenwärtig in der
Zrennastalt Herzberge.

Die Mutter ernährt sich als Lumpenhändlerin. Die äl-
teste Tochter ist verheiratet und bewohnt die eben erwähnte
Wohnung der Eltern. Die heute 23-jährige Tochter ist eben-
falls verheiratet; sie wohnt im Keller des Quergebäudes des
gleichen Hauses, arbeitet nicht und treibt sich nachts herum. Ihr
Ehemann sitzt im Gefängnis. Bei ihr wohnt die heute 22-jährige
dritte Tochter: Kontrollmädchen und seit kurzem verschwunden.
Die jüngste, heute etwa 20-jährige Tochter, ist aus der Fürsorge
entwichen. Die letzte Nachricht von ihr kam aus Italien, wo
sie angeblich als Tänzerin mit einer Troupe herumzieht.

Der älteste etwa 20-jährige Sohn sitzt wegen Urkunden-
fälschung im Gefängnis; er ist für seinen Vater, da er gerade
erwerbslos war, auf dessen Papiere ins Gefängnis gegangen. Der
heute 18-jährige zweite Sohn ist seit Jahren in einer guten
Landstelle untergebracht. Der jüngste heute etwa 14-jährige
Sohn war ebenfalls auf dem Lande untergebracht, befindet sich
jedoch jetzt bei der Mutter, die in einem stockfinsternen Keller
(Königsberger Straße...) bei der 86-jährigen Großmutter und
einem Bruder einwohnt. Dort schlafen vier Menschen in zwei
Betten.“

Erschütternd ist, was der Verfasser über den Einfluß der
traurigen Wohnungsverhältnisse auf die Kinder und die heran-
wachsende Jugend mitteilt. Wir erfahren da, daß allein im
Rudolf-Wirchow-Krankenhaus zu Berlin im Jahre 1923 133
und im Jahre 1924 bereits

250 geschlechtsranke Kinder

behandelt worden sind, die zum größten Teil in der engen Woh-
nung ihrer Eltern von diesen selbst oder von den Geschwistern
oder Schlafleuten angesteckt worden sind. Ein paar Kennzeichen

haben, ohne einen Kandidaten durchzubringen, nicht verloren
gehen, muß von den Vertrauensleuten folgende Anschließerklä-
rung, gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag an den amtlichen Wahl-
leiter überreicht werden:

„Anschließerkklärung.“

Der unterzeichnete Vertrauensmann des Wahlvorschlags
„Liste der kommunistischen Partei“

erklärt, daß die Reststimmen im Kreise ... der Landesliste
dieselben Wahlvorschlags im Regierungsbezirk Silesien und
Breslau anzuschließen sind.“

5. Alle Listen, ganz gleichgültig ob zum Provinziallandtag
oder zum Kreisrat, können nur von solchen Wählern unter-
schrieben werden, die

- a) nicht selbst als Kandidaten auf der Liste stehen,
- b) das aktive Wahlrecht besitzen,
- c) nachweislich in die Wahlliste eingetragen sind.

Sach diese Bedingungen erfüllt sind, muß von der Gemeindefür-
derliche bescheinigt werden. Es empfiehlt sich, um die Dinge ab-
zuklären, die 15 Unterschriften aus einem Ort des Kreises zu
nehmen.

6. Nachdem so die amtlichen Bedingungen erfüllt sind, muß
von jedem Kandidaten von Seiten der Partei folgender Revers
unterschrieben und vom Pol.-Leiter der Ortsgruppe resp. des
Unterbezirks bestätigt werden:

Erklärung.

Ich erkläre, daß ich das Mandat zum Provinziallandtag
(oder Kreisrat) annehme und mich verpflichte, im Falle meiner
Wahl jeder Zeit dieses Mandat auf Verlangen der Parteior-
ganisation, als deren Vertreter ich die Bezirksleitung Schlesien
und darüber hinaus des Z.K. der Partei ausdrücklich aner-
kenne, niederzulegen.
(Datum.) (Unterschrift.)

Wir bestätigen vorklebende Erklärung.

(Ortsgruppe.)

(Stempel.)

(Unterschrift.)

7. Eine Abschrift der fertigen Vorschläge zum Provinzial-
landtag (d. h. Aufstellung der Kandidaten Unterschrift der
Vertreter usw.) und die von der Partei angeforderten Er-
klärungen sind bis spätestens 3. Oktober an das Bezirkswahlbüro
Rudolf Belke, Breslau, Trebnitzer Str. 50, einzuliefern.

Schach!

Bearbeitet vom Arbeiter-Schach-Verein zu Breslau. Alle
Zuschriften sind zu richten an Raimund Wierzbichy, Breslau,
Oplauer Straße 16/17 III.

die der Verfasser den Berichten des Leiters der betreffenden
Krankenabteilung entnimmt, beleuchten blühend die grauen-
haften Verhältnisse.

1. U. U., lebensfähig, Vater tot, zwei Brüder, eine
13-jährige Schwester, mit der sie zusammenschläft. Familie be-
wohnt eine Stube und Küche. Die Stube ist vermietet, der
Untermieter hat das Kind mißbraucht und angestekt.

2. Erna L., 10 Jahre, Mutter geschieden, lebt mit einem
anderen Manne zusammen, arbeitslos. Familie bewohnt eine
Stube. 13-jährige Schwester, mit der sie zusammenschläft. Da-
kennin ist vom „Ditel“, der im Hause lebt, mißbraucht und
angestekt worden.

3. Erna F., 11 Jahre, Vater Arbeiter, ledig, lebensfähiger
Bruder. Familie bewohnt eine Stube und Küche. Freund des
Bruders hat das Kind vor zehn Tagen vergewaltigt. Pa-
tientin verkehrt geschlechtlich mit dem Bruder, der Bruder mit
der Mutter.

4. Lotte K., 9 Jahre, Vater tot, Geschwister leben nicht
im Hause, eine Stube und Küche. Patientin ist vom 48 Jahre
alten Untermieter monatelang mißbraucht und infiziert worden.

5. Hilbe G., 11 Jahre, Vater arbeitslos, 4 Geschwister.
Familie bewohnt eine Stube, Mutter hat sich vor zwei Jahren
vom Manne angestekt. Ihre vier Kinder, die in einem Bett
zwei am Kopfende, zwei am Fußende schlafen, sind infiziert.“

In der Kinderanstalt Buch bei Berlin waren im April
1925 56 an der Gonorrhöe erkrankte Kinder untergebracht.
Davon waren nach den Angaben des leitenden Arztes zwei
stärker und zwei wahrscheinlich durch Verbrechen infiziert, wäh-
rend 21 Kinder aller Wahrscheinlichkeit nach

innerhalb der Familie angestekt

waren. Der leitende Arzt, Dr. Langer, bezeichnet auf Grund
seiner Erfahrungen „die Mietskasernen als ideale Wohnstätte für
Geschlechtskrankheiten, die Mietskasernen, wo Kinder mit Erwach-
senen zugleich ein Bett benutzen, die Tochter von zehn und zwölf
Jahren wegen Raumangels zum Schlafburschen gebettet wird.“

Rein Wunder, wenn dem Bericht eines Kriminalbeamten-
rats zufolge, sich die Sittlichkeitsverbrechen im Jahre 1924
gegenüber dem Vorjahre um 60 Prozent vermehrt haben.
Nach einem Bericht des Zentral-Jugendamtes der Stadt
Berlin sind dem Zentral-Jugendamt allein in der Zeit vom
Februar 1922 bis März 1924 25 Fälle, in der Zeit vom
1. März 1924 bis 15. Juli 1924 39 Fälle von Sittlichkeits-
delikten begangen an Kindern, gemeldet worden.

Der Verfasser widerlegt die Annahme, als ob derartige
Verhältnisse nur in Großstädten wie Berlin, wo die Bevölkerung
besonders dicht aufeinander haud, möglich seien. Auch in Schle-
sien und Oberschlesien, namentlich in dem Industrie-
zentrum, schlafen in der Regel mehrere Personen abwechselnd
in einem Bett und Geschlechtskrankheiten von Kindern sind
durchaus keine Ausnahmeversehung.

Die traurigen Wohnungsverhältnisse in der kapitalistischen
Gesellschaft sind die Ursachen für die körperliche und seelische
Entartung großer Teile der heranwachsenden Jugend. Im
Kindesalter wird der Keim gelegt zu schleichenden Krankheiten,
Siechtum und frühem Tod.

Dieses ungeheure Verbrechen an Generationen kann nur
verhindert und geführt werden durch den Sturz der kapitalisti-
schen Gesellschaft.

Partei Nr. 3.

Weiß: Rauch, Rotl.	Schwarz: Dunkel:
1. e2-e4 Sg8-f6	12. g1-g3 f7-f6
2. e4-e5 Sf8-d6	13. e5xf6 g7xf6
3. c2-c4 Sd5-b6	14. Dd1-c2 h7-h6
4. d2-d4 d7-d6	15. h2-h3 Dd7-g7
5. f2-f4 d8xe5	16. h3xg4 h5xg4
6. f4xe5) Sg8-c6	17. Sf3-h2 f8-f5
7. Lc1-e3 Lc8-f5	18. g2-g3 Sc6xd4
8. a2-a3) e7-e6	19. Dc2-d1 Lf8-c5
9. Sg1-f3 Lf5-g4	20. b2-b4 Sd4-f3
10. Sb1-d2 Dd8-d7	Weiß gibt auf, denn auf Tf1x
11. Lf1-e2 0-0-0	f8 folgt g2xf3

Anmerkungen. 1) Dies ist die Grundstellung der Aljechin-
Verteidigung. Von der Eröffnung der Bauernreihe ist der Aus-
gang der Partie abhängig. 2) Der Zug verhindert das Ma-
nover Sg4-nebst c5. 3) Jetzt stehen beide Teile gut und klar.
4) Ein Figurenverlust mit horrenden Folgen.

Die Spielabende des Arbeiter-Schach-Vereins sind in fol-
genden Abteilungen:

Tordost: Zur Schullehrerquelle, Klosterstr. 44, jed. Mittwoch 8 Uhr.
West: Brauer, Böbelwitzer Str. 36, jeden Freitag 8 Uhr.
Nikolaitor: Zur Weiberkante, Gutzkowstr. 34/36, Freitag 8 Uhr.
Südwest: Staatl. Augustaschule, Schwerinstraße, jeden Dienstag
von 7-10 Uhr.

Deutscher Arbeiter-Schach-Bund

Bundesvorsitzender Alfred Gläser, Chemnitz, Wilmshirt 33.

Parteiveranstaltungen

Silesien, Dienstag, 20. 9. Gemeindefürderlicheversammlung.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Gruppe Süd, Montag, 28. 9. abds. 7.30 Uhr Feinere, Siebenbürgenstr. 64, Gruppenversammlung.
- Roter Jungtürk, Gruppe Nord, Montag, 28. 9. abds. 8 Uhr Offentl. Gruppen-
versammlung bei Uberschär, Weidenburger Platz 4
- Sämtliche Sammelstellen sind bis zum 3. 10. abzurechnen.
- Gruppe Centrum, Montag, abends 7.30 Uhr Offentl. Mitgliederversammlung,
Sokol „Roter Bär“, Kupferstraße 10, Sympathisierende sind mitzubringen.
- Gruppe West, Montag, 28. 9. abends 7.30 Uhr Kameradschaftsabend bei Woy
Schweizerstr. 10
- Gruppe Ost, Montag, 28. 9. abends 7.30 Uhr Kameradschaftsabend bei Franke
Kreuzer anwesend.
- Roter Jungtürk, Dienstag, 20. 9. abds. 7.30 Uhr bei Franke, dazu die ge-
samte Organisation.

Silesien, Mittwoch, 30. 9. Versammlung.

Wöchentliche Beilage für die Org.-Arbeit im Bezirk Schlesien

Auszug aus dem Bezirksarbeitsplan für Monat Oktober

Politische Aufgaben

Diskussion über den Brief der Exekutive, in der gesamten Mitgliedschaft in folgender Form:

1. **Abend: Ursachen des offenen Briefes.** Den Mitgliedern klarmachen, daß Kritik durch Exekutive notwendig und richtig war. Was die Form der Kritik anbetrifft, so müssen unsere Genossen begreifen, daß keine andere Partei eine solche offene Diskussion führen kann. Ein Beweis dafür ist die Erledigung der Skandale in der sozialdemokratischen Partei in den Kommissionen des Heidelberger Parteitag.

2. **Abend: Allgemeine wirtschaftliche und politische Lage,** wie sie im Brief der Exekutive kurz skizziert ist, mit Ergänzung der neuesten Ereignisse.

3. **Abend: Unsere Gewerkschaftsarbeit,** ihre Fehler und Mängel und wie werden wir sie abstellen.

4. **Abend: Das Verhältnis der KPD. zur Komintern und RKP.**

5. **Abend: Der innere Parteikurs.**

6. **Abend: Aufgaben der Partei.**

(Besondere Rededispositionen für jeden einzelnen Abend geben den U.-B.-Leitungen, Ortsgruppen- und Zellenleitungen zu.)

Politische Kampagne im Sinne der Parole: Heran an die Massen!

1. Vorbereitung der Lohnkämpfe und größte Aktivität bei den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen.

2. Schärfster Kampf gegen Wucher, Zölle und Teuerung.

3. Auswertung der Beschlüsse des ADGB-Kongresses. Den Arbeitern den Gewerkschaftskongreß klarmachen unter schärfster Kritik des Kongresses überhaupt.

Daß:

a) keine praktischen Kampfmaßnahmen gegen die Teuerung und zur Wiederoberung des Achtstundentages beschlossen wurden.

b) man die Anträge zur Schaffung der Industrieverbände ablehnte.

c) man die Einheitsfront der Gewerkschaften ablehnte.

d) man abgelehnt hat, eine Delegation nach Rußland zu entsenden.

e) keine Einladung der englischen und russischen Gewerkschaftler zum Kongreß erfolgte.

Fortsetzung der Kampagne für die gewerkschaftliche Einheit. Parallelen zwischen dem englischen und dem Breslauer Gewerkschaftskongreß ziehen.

4. **Schärfster Kampf gegen den Kriegspakt.** Den Arbeitern die große Gefahr klarmachen, die durch den Abschluß des Garantiepaktes und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, für Rußland und die gesamte deutsche Arbeiterschaft entsteht. Demgegenüber die östliche Orientierung der Arbeiterschaft unterstützen und auswerten.

Bei der Diskussion über Sowjetrußland immer Vergleiche zwischen der Lage der Arbeiter in Rußland und Deutschland ziehen. Den Arbeitern, die auf die Verleumdungen Sowjetrußlands hineinfließen und mit euch über Rußland diskutieren, sagen: Geht selbst nach Rußland und seht euch mit eigenen Augen an, wie es Freiburger und andere Sozialdemokraten getan haben, und die jetzt, weil sie die Wahrheit über Sowjetrußland den deutschen Arbeitern sagen, aus der Sozialdemokratischen Partei und aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden sollen. Wo Delegationen aus irgendwelchen Gründen nicht zustande kommen, muß darauf hingearbeitet werden, daß die Betriebsräte deutscher Betriebe auf dem schriftlichen Wege mit russischen Betrieben gleicher Produktion in Verbindung treten und konkrete Anfragen über Arbeitszeit, Lohn, Rechte der Betriebsräte, soziale Bedingungen usw. stellen.

Organisatorische Aufgaben

1. Umbau auf Zellen steht im Vordergrund der Arbeit. Genaue Angaben siehe gedrucktes Rundschreiben Nr. 5 und 4 vom 2. R. der Partei. Rundschreiben sind zunächst in Funktionsitzungen und Mitgliederversammlungen zu beraten. Betonen, wie die Organisation am besten umgestellt werden kann. Arbeitsplan aufstellen und bis zum 15. Oktober in den U.-B.-Leitungen einreichen. U.-B.-Leitung bis zum 25. Oktober Reorganisationsplan für den U.-B. der B.-L. vorlegen. Am 1. November muß die gesamte Organisation auf Zellen umgestellt sein.

Unsere Arbeit in den Gewerkschaften verstärken

Die im September vorgenommene Registrierung der Parteimitglieder auf ihre Gewerkschaftszugehörigkeit überprüfen. Alle Parteigenossen, die noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, für die aber die Möglichkeit gewerkschaftlicher Organisation besteht, müssen bis zum 15. Oktober in den Gewerkschaften sein. Mit den aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen Genossen über die Notwendigkeit und die Wege des Kampfes über die Aufnahme besprechen, dort wo die Genossen weigern in die Gewerkschaften einzutreten, muß die Frage der in Frage kommenden Genossen mit Angabe der Gründe, warum sie nicht in die Gewerkschaften gehen wollen, am 20. Oktober an die Bezirksleitung mitgeteilt werden.

Die wichtigste Arbeit der Kommunisten ist: allen Arbeitern im Betrieb die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation klarmachen, um sie den freien Gewerkschaften zuzuführen.

Bei Neuaufnahmen von Parteimitgliedern ist darauf zu achten, daß der Genosse gewerkschaftlich organisiert ist. Ist das nicht der Fall, muß er binnen vier Wochen in die Gewerkschaft eintreten.

Der Abschluß der Vorbereitungsarbeiten erfolgt durch eine Bezirkskonferenz am 18. Oktober in Breslau.

Aus jedem Ort muß die Parteileitung einen Vertreter der stärksten Gewerkschaftsfraktion entsenden.

Die Wahlarbeit zum Provinziallandtag und den Kreistagen

Das von der Bezirksleitung angeforderte lokale Material für die Wahlpropaganda sofort einsenden. Kontrolle, ob U.-B.-Leitung und Ortsgruppen Kandidatenlisten für die Kreistage und den Provinziallandtag ordnungsgemäß eingereicht haben, durch die Funktionäre und Mitglieder. Säumige Leitungen müssen von der Mitgliedschaft ständig gemahnt werden. Parole: **Kein Kreis ohne kommunistische Kandidatenliste.**

Werbekampagne für die Zeitung

Durchführung des Werbeplanes, der schriftlich den Ortsgruppen zugegangen ist. Vorbereitung der Werbeweche, die vom 1. bis zum 11. Oktober stattfindet. Parole: **Verdoppelung der Leserschaft.**

Revolutionsfeier

Am 7. November überall Revolutionsfeiern zur Erinnerung an den 8. Jahrestag der russischen Revolution. An die Vorbereitungsarbeit muß sofort herangegangen werden. Den revolutionären Arbeitern Schlesiens ist von den Moskauer Metallarbeitern eine prächtige rote Fahne gestiftet worden, die am 7. November in Breslau übergeben wird. Sie soll auch in den anderen größeren Städten Schlesiens überreicht werden.

Diskussionsabende

Die B.-L. organisiert zunächst in Breslau Diskussionsabende zum Zwecke der Heranbildung eines Referentenstabes. Die übrigen Ortsgruppen sollen nach Beendigung der Diskussion über den offenen Brief mit der allgemeinen Diskussion beginnen.

Kommunalarbeit

Scharfe Kontrolle der Gemeindevertreter durch Parteiorgane. Alle zwei Monate Zusammenfassung der Gemeindevertreter in U.-B.-Maßstab. Am 1. November **Bezirksgemeindevertreterkonferenz.**

Internationales Meeting in Marklissa am 11. 10.

Alle Ortsgruppen entsenden Delegationen.

Die Zelle — das Fundament der Partei

Registrierung der Mitglieder nach Betriebs- und Gewerkschaftszugehörigkeit

Herausgabe entsprechender Fragebogen, die genau ausgefüllt werden müssen und Kontrolle der Registrierung durch die Leitungen. Die Registrierfragebogen werden von der örtlichen Parteileitung gesammelt, betriebsweise geordnet, sofort an die bestehenden Betriebszellen weitergeleitet oder jenen Genossen ausgehändigt, die mit der Zusammenfassung der in den betreffenden Betrieben beschäftigten Genossen beauftragt sind. Für die Ausfüllung der Fragebogen sind Termine zu stellen. **Die Parteileitung veranlaßt und kontrolliert die Zusammenfassung der in den Betrieben beschäftigten Genossen zu Betriebszellen.** Wo die Initiative zur Schaffung von Betriebszellen von unten kommt, darf diese nicht durch schematische Anweisung der Parteileitung, daß nur ausschließlich durch sie (von oben) Betriebszellen gebildet werden dürfen, unterdrückt werden. Im Gegenteil soll jeder Genosse die im Betrieb vorhandenen Parteimitglieder und Sympathisierenden ermitteln und gemeinsam mit den vorhandenen bzw. neugewonnenen Genossen die Zelle gründen, wobei er rechtzeitig die Parteileitung von dem Stattfinden der konstituierenden Zellsitzung zu benachrichtigen hat.

Die Aufbewahrung der Registrierkartothek muß so geschehen, daß sie dem Gegner nicht in die Hände fallen kann.

Registrierung der Betriebe

Jede Ortsgruppenleitung registriert die in ihrem Gebiet befindlichen Betriebe, Werkstätten, Büros usw. und schickt die Liste der Betriebe an die Unterbezirks- bzw. Bezirksleitung. Die Registrierung muß den Parteileitungen einen Überblick über die Wichtigkeit der einzelnen Betriebe geben. Sie muß also enthalten: Name des Betriebes, Art der Produktion, Belegschaftsstärke, Konzernzugehörigkeit, Gewerkschaftsverhältnisse, Zusammensetzung des Betriebsrates usw.

Die BL bzw. UBL unterstützt und kontrolliert an Hand von statistischem Betriebsmaterial diese Registrierung der Betriebe (Material von Reichs- und Landesämtern, Handelskammern, Krankenkassen, Berichte der Gewerkschaften, Börsenkalender usw.).

Konstituierung der Betriebszellen

Die Konstituierung der Betriebszellen muß zuerst in den wichtigsten Betrieben vorgenommen werden. Dabei muß ein Mitglied der Parteileitung anwesend sein, um der Zelle bei ihren ersten Schritten zu helfen.

In der Zellenversammlung wird die Zellenleitung gewählt. Die Zellenleitung besteht je nach der Stärke der Betriebszellen aus drei oder mehreren Genossen. In die Leitung sollen die politisch geschultesten Genossen gewählt werden. Die Leitung verteilt unter sich die wichtigsten Arbeitsgebiete (Gewerkschaft, Agitprop, Kasse). Der Zellenleiter (Obmann) ist für die gesamte Arbeit der Betriebszelle verantwortlich. Besonderer Wert ist zu legen auf die Wahl eines tüchtigen Gewerkschaftsleiters. Die Ressorts, soweit sie nicht schon von der Zellenleitung unter sich verteilt sind, werden von der Zellenleitung auf Mitglieder der Betriebszelle verteilt.

Je nach den Betriebsverhältnissen werden Abteilungsleiter in den einzelnen Fabrikabteilungen, Sälen, Gruben usw. bestimmt.

Die Zellenleitung muß **regelmäßig Sitzungen** — mindestens einmal in der Woche — zur Besprechung der aktuellen Parteaufgaben und zur Organisation ihrer Durchführung abhalten. Die Mitglieder der Zellenleitung müssen möglichst kurz zusammenkommen (z. B. in der Pause, auf dem Hin- und Rückweg vom Betrieb usw.), um sich zu verständigen, Parolen der örtlichen Leitung entgegenzunehmen usw.

Jede Zelle registriert ihre Mitglieder nach Betrieb und Wohnort. **Sofort nach Konstituierung einer Zelle hat die Zellenleitung die Verbindung mit der Zellenleitung bzw. örtlichen Parteileitung herzustellen.** Die Parteileitung ihrerseits hat die Verpflichtung, die neugeschaffene Betriebszelle zu unterstützen.

Parteimitglieder, die als Einzelmitglieder in Kleinbetrieben arbeiten, werden der nächsten Betriebszelle angegliedert. Wo es möglich ist, sollen solche Einzelmitglieder mehrerer Kleinbetriebe in einer Betriebszelle zusammengefaßt werden.

Wodurch werden die Betriebszellen lebensfähig?

Folgende Maßnahmen sichern die Lebensfähigkeit einer Betriebszelle und sind zuerst durchzuführen:

a) **Regelmäßige Betriebszellenversammlungen,** in der zu allen Parteifragen und zu den besonderen Betriebsfragen Stellung genommen wird, in der Beschlüsse gefaßt, Delegierte in die örtliche Parteileitung gewählt werden.

Die Zellenversammlung soll **regelmäßig alle 8 Tage stattfinden. Die Zellenversammlung tagt illegal.** An ihr nehmen die Parteigenossen unter solchen Bedingungen teil, daß die Zelle nicht gefährdet ist. Einladungen zur Zellsitzung dürfen also nicht in der Tageszeitung erfolgen. Die Versammlungen sind mündlich durch die Zellenleitungsmitglieder bzw. Abteilungsleiter oder durch Aushändigung von Handzetteln an die Parteigenossen einzuberufen.

Die Zellenversammlungen sollen in der Regel **sofort nach Arbeitsschluß** stattfinden. Sie dürfen nicht lange dauern, also deshalb sorgfältig vorbereitete Tagesordnung, Kürze des Referats und der Diskussion, keine Überbürdung der Versammlung durch technische Angelegenheiten, die möglichst außerhalb der Versammlung durch entsprechende Maßnahmen der Zellenleitung zu erledigen sind.

Bei Schichtwechsel muß schichtweise getagt werden. Für jede einzelne Schicht müssen Führer vorhanden sein. Die Gesamtzelle muß aber regelmäßig (evtl. Sonntags oder Feiertags) zur Vollversammlung zusammenkommen. Wo das keinesfalls möglich ist, müssen die Delegierten bzw. die Schichtobleute der einzelnen Schichten zusammenkommen.

(Über die Aufgaben der Betriebszelle bzw. Betriebszellenleitung siehe Abschnitt: „Die Betriebszelle“ in der Ekki-Resolution.)

b) **Die Betriebszelle kassiert die Parteibeiträge.** Als erster Schritt nach der Gründung der Betriebszelle ist sofort die Kassierung durchzuführen. Auch hier darf die Initiative der Zellen, die von selbst zur Kassierung der Zellen übergehen wollen, nicht durch allgemeine Anweisung der Parteileitung, daß kein selbständiges Übergehen der Betriebszellen zur Kassierung verboten ist, gelähmt werden. Die örtliche Parteileitung muß selbstverständlich Richtlinien an die Betriebszellen herausgeben, die die Kassierung der Mitgliedsbeiträge in den Betriebszellen, die Abrechnung mit dem örtlichen Kassierer, die Kontrolle der Kassierung der Gesamtmitgliedschaft im Übergangsstadium regeln.

Der Kassierer der Betriebszelle ist verpflichtet, seine Beitragsmarken bis zu einem bestimmten Termin beim Zellengruppen- bzw. örtlichen Kassierer abzuholen und abzurechnen. Um in der ersten Zeit den glatten Verlauf der Kassierung zu sichern, kann folgendermaßen verfahren werden:

Der Betriebszellenkassierer gibt seine Marken an die Unterkassierer in den verschiedensten Abteilungen, Sälen usw. im Betrieb weiter. Wo viele Genossen in einer kleinen Abteilung des Betriebes arbeiten, können sie in kleinere Gruppen (Fünfergruppen) eingeteilt und kassiert werden. Doch richtet sich diese Einteilung ganz nach der Struktur und den Verhältnissen des Betriebes. **Mit der Einführung der Kassierung schafft sich die Betriebszelle ein organisatorisches Gerippe: der Kassierersapparat garantiert den Zusammenhalt und die Übersicht über die Mitgliedschaft.**

Die örtliche Parteileitung hat die Durchführung der Kassierung in allen Betriebszellen zu überwachen und für die restlose Erfassung der Mitglieder der Zellen zu sorgen.

c) **Die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb.** Das Schwergewicht der Arbeit und die Kräfte innerhalb des Betriebes ist auf die Gewerkschaftsarbeit zu legen. In vielen Betrieben ist ein großer Teil der Belegschaften unorganisiert. Die mit der Partei sympathisierenden Arbeiter sind, wie die tägliche Erfahrung lehrt, bei systematischer Arbeit der Betriebszelle leicht in die Gewerkschaften zurückzuführen.

Folgende Maßnahmen sind vor allem durchzuführen:

Kontrolle der Gewerkschaftszugehörigkeit jedes Mitglieds der Betriebszelle. Vierwöchentliche Kontrolle der Mitgliedsbücher, wobei der Kontrollbericht an die Zellenleitung abzugeben ist.

Spezielle Beauftragung einzelner Genossen durch die Leitung der Zelle zur Arbeit in den verschiedensten Gewerkschaften, die im Betrieb vorhanden sind. Diese Genossen haben die besonderen Fragen dieser Verbände zu studieren und der Zelle zur Agitation konkretes Material zu beschaffen.

Aufbau und Besetzung bzw. Eroberung des gewerkschaftlichen Funktionärskörpers. Durch den Gewerkschaftsleiter soll eine enge tägliche Verbindung zwischen der Zellenleitung und den kommunistischen Vertrauensleuten in den Gewerkschaften hergestellt werden.

Breite Agitation aller Zellenmitglieder in der Belegschaft zur Rückkehr bezw. Eintritt aller Arbeiter in die freien Verbände (mündlich, durch Flugzettel, Broschürenverkauf, Betriebszellenzeitung usw.).

d) **Herausgabe einer Betriebszellenzeitung.** In jedem Groß- oder Mittelbetrieb, in dem eine Zelle besteht, muß diese unbedingt eine eigene, **regelmäßig** erscheinende Zellenzeitung herausgeben, in der nicht nur zu Betriebsangelegenheiten, sondern zu allen wichtigen politischen Ereignissen Stellung genommen wird. Für die kleinen Betriebe kann eine gemeinsame Zellenzeitung hergestellt werden.

Die Herstellung und Verteilung der Zellenzeitung muß illegal geschehen. Sowohl Redakteur wie Hersteller sollen nur der Zellenleitung bekannt sein. Für die Verteilung und den Verkauf der Zellenzeitung ergibt sich auf Grund der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Betrieben die Anwendung der verschiedenartigsten Methoden. Wegen des Unternehmerrrors ist in den meisten Fällen offene Verteilung und offener Verkauf wegen der Gefährdung der Genossen nicht möglich. Jede Betriebszelle wird aber Mittel und Wege suchen und finden, wie sie innerhalb und außerhalb des Betriebes (zum Beispiel mit Hilfe von Genossen und Sympathisierenden von außerhalb des Betriebes) die Zeitung trotzdem verbreiten kann.